

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1925

19.6.1925 (No. 167)

Badischer Beobachter

Erscheint einmal täglich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen. „Blätter für den Familienfisch“, „Kunst und Wissen“, „Frauenrundschau“ und „Eierne und Blumen“. Schlag der Anzeigen-Annahme: nachm. halb 6 Uhr. — Druckfabr.: Beobachter. — Postkontokonto Amt. Karlsruhe 4844. Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bezugspreis: monatlich durch Träger Mk. 2.30 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Mk. 2.20), wöchentlich. Einzelnummer 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsabschluss erfolgen. Anzeigenpreis: 1 Pfennig, 1 mm hoch, 8 Pfg. im Reklamenteil 25 Pfg. — Kleine und Familien-Anzeigen 5 Pfg. — Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Nachlass der bei zwangsweltlicher Verbreitung und bei Konkurs wagt.

Die französische Antwortnote auf das deutsche Memorandum.

Berlin, 18. Juni. Die von der französischen Regierung überreichte Note hat folgenden Wortlaut: Wie die französische Regierung die deutsche Regierung durch Note vom 20. Februar ds. Jz. wissen ließ, hat sie gemeinsam mit ihren Alliierten die Anregung des Memorandums geprüft, das ihr am 9. Februar durch Seine Excellenz Herrn von Hoeft überreicht worden ist. Die französische Regierung und ihre Alliierten haben in dem Schritt der deutschen Regierung den Ausdruck von friedlichen Bestrebungen gesehen, die mit den ihren übereinstimmen. In dem Wunsch, allen beteiligten Staaten im Rahmen des Vertrages von Versailles, ergänzende Sicherheitsbürgschaften zu geben, hat sie die deutschen Vorschläge mit aller ihnen gebührenden Aufmerksamkeit geprüft, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Befestigung des Friedens beitragen können. Indessen hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, vor Eintritt in die sachliche Prüfung der deutschen Note, die Frage in volles Licht zu setzen, die diese Note aufwirft oder aufwerfen kann.

wähnt wird, das aber als unmittelbar interessierter Staat an dem Pakt teilnehmen möchte. Ebenso versteht es sich von selbst und geht aus den Zeilen des deutschen Memorandums über diesen Pakt hervor, daß der auf diesen Grundlagen zu schließende Pakt über die Bestimmungen des Vertrages über die Befestigung der rheinischen Gebiete, noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf.

4. Das Deutsche Reich erklärt sich ferner geneigt, mit Frankreich, sowie mit den übrigen am Rheinpakt beteiligten Staaten Schiedsverträge abzuschließen, die eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen. Frankreich ist der Ansicht, daß ein Friedensvertrag, der Art, wie Deutschland ihn vorschlägt, die natürliche Ergänzung des Rheinpaktes bilden würde. Es muß aber dabei als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf alle Konflikte Anwendung finden müßte und er dann Raum für ein zwanzwetiges Vorgehen lassen müßte, wenn ein solches Vorgehen gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien zu schließenden Verträge oder des Rheinpaktes oder auf Grund der Garantien erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für einen Schiedsvertrag geleistet werden. Ein Schiedsvertrag gleicher Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minder erforderlich. Um diesen beiden Verträgen alle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Annahme sichergestellt werden durch die gemeinsame und besondere Garantie derjenigen Mächte, die andererseits an der in den Rheinpakt aufgenommenen Gebietsgarantie teilnehmen, dergestalt, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt, wenn eine der Parteien, die es ablehnt, einen Streitfall dem Schiedsverfahren zu unterwerfen, oder einen Schiedspruch auszuführen, zu feindlichen Handlungen schreitet. Falls einer der Vertragschließenden, ohne zu feindlichen Handlungen zu schreiten, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll der Völkerbundrat die Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind, um dem Vertrage Wirksamkeit zu verleihen.

Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennen zu lernen, da ein vorübergehendes Einverständnis hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheint.

1. Das Memorandum erwähnt den Völkerbund nur beiläufig. Nun sind aber die alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundsabkommen gebunden, die für sie genau bestimmten Rechten und Pflichten zum Zwecke der Erhaltung des Weltfriedens enthalten. Die deutschen Vorschläge sind zweifellos auf das gleiche Ziel gerichtet, aber ein Abkommen ließe sich nicht verwirklichen, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtungen übernimmt und die Rechte genießt, wie sie in den Völkerbundsabkommen vorgesehen sind. Jedes Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland selbst dem Völkerbund unter den vom Völkerbundrat im März 1925 angegebenen Bedingungen beitrifft.

2. Das Streben, die Sicherheitsbürgschaften zu schaffen, welche die Welt verlangt, darf keine Aenderung der Friedensverträge mit sich bringen. Die zu schließenden Abkommen dürfen also weder eine Revision der Verträge in sich schließen, noch zu einer Aenderung der besonderen Bedingungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen führen. So könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, daß jede Nichterfüllung der Bedingungen dieser Verträge nach sich zöge, auch wenn sie diese Bestimmungen nicht unmittelbar angehen.

3. Das Memorandum vom 9. Februar hat zunächst den Abschluß eines Paktes zwischen den „am Rhein interessierten Mächten“ im Auge, der von folgenden Grundzügen ausgehen könnte: 1. Ablehnung jeden Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten. 2. Strenge Achtung des gegenwärtigen Besitzstandes in den rheinischen Gebieten unter gemeinsamer und besonderer Garantie der vertragschließenden Staaten. 3. Garantie der vertragschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete, wie sie für Deutschland aus dem Art. 42 und 43 des Vertrages von Versailles sich ergeben. Die französische Regierung berkennt nicht, welchen Wert die feierliche Ablehnung jedes Gedankens an den Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten (eine Verpflichtung, die übrigens zeitlich nicht beschränkt sein dürfte), neben der erneuten Bestätigung der in dem Vertrag aufgenommenen Grundzüge für die Sache des Friedens haben würde. Zu den vertragschließenden Staaten muß offenbar Belgien gehören, das in dem deutschen Memorandum nicht ausdrücklich er-

erwähnt wird, das aber als unmittelbar interessierter Staat an dem Pakt teilnehmen möchte. Ebenso versteht es sich von selbst und geht aus den Zeilen des deutschen Memorandums über diesen Pakt hervor, daß der auf diesen Grundlagen zu schließende Pakt über die Bestimmungen des Vertrages über die Befestigung der rheinischen Gebiete, noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf.

(Schluß folgt.)

Amundsen wohlbehalten zurückgekehrt.

DsLo, 18. Juni. Amundsen ist mit seinen 5 Begleitern heute Morgen in der Kings-Bay wohlbehalten eingetroffen. Nähere Berichte fehlen noch.

100 Millionen Dollar Sachschaden.

Newyork, 18. Juni. Der durch das Eisenbahnunglück in Nordamerika verursachte Sachschaden wird auf 100 Millionen Dollars geschätzt. Die Schadenersatzansprüche werden wahrscheinlich rund eine Million Dollars betragen. Die Untersuchung über die Ursachen des Unglücks ergab endgültig, daß den Lokomotivführer keine Schuld trifft, sondern daß die Verunglückten die Opfer eines Naturereignisses wurden.

Wie die Morgenblätter erfahren, ist der deutsche Botschafter in Washington angewiesen worden, anlässlich des Eisenbahnunglücks bei Gadgettown der Regierung der Vereinigten Staaten das Beileid der Regierung und des deutschen Volkes auszusprechen.

Abwartende Haltung Roms in der Sicherheitspaktfrage.

Mailand, 18. Juni. Nach Ausführungen der „Tribuna“ nimmt die italienische Regierung in der Frage des Sicherheitspaktes nach wie vor eine abwartende Haltung ein, wie sie dies auch in ihrer Note an die französische Regierung zum Ausdruck brachte.

Schwierigkeiten des Kabinetts Painleve.

Paris, 18. Juni. Die Sozialisten werden heute Abend endgültig die Entscheidung über ihre Haltung zum Kabinet Painleve fällen. Verschiedene Resolutionen sind ausgearbeitet worden. Höchst wahrscheinlich wird eine von Comptore-Morel entworfene Resolution angenommen werden, die der Regierung die weitere Unterstützung entzieht. Ein anderer Antrag ist von Renaudel eingebracht, der die Bedingungen aufstellt, unter denen die Unterstützungspolitik eventuell aufrecht erhalten werden könnte. Die Blätter sind sämtlich der Ansicht, daß der Beschluß der Linken sich gegen die Unterstützungspolitik aussprechen wird. Die Erklärung des „Matin“, welche meint, Painleve werde auch mit einer Rechtsmehrheit regieren und die Sozialisten zu einer endgültigen Stellungnahme bewegen, hat auch auf die Anhänger der Unterstützungspolitik den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht.

Monarchistische Bewegung in Griechenland.

Athen, 18. Juni. Die neue Bewegung im griechischen Meer trägt einen ausgesprochenen monarchistischen Charakter. In mehreren Städten wurde bereits der Versuch gemacht, die Monarchie auszurufen. Daneben macht sich auch eine agrarische Bewegung bemerkbar. Die Kleinbauern scheinen auch in Griechenland unter kommunistischen Einfluß zu geraten.

Oeffentliche Steuerlisten?

Im Steuerauschuß des Reichstages sind die Sozialdemokraten mit dem Antrag auf Offenlegung der Steuerlisten hervorgetreten. Wenn dieser Antrag auch durchaus agitatorisch ist und wenn ihm eine geistliche Tendenz inne wohnt, so darf man doch nicht sich darüber hinwegtäuschen, daß die Frage der Steuergerechtigkeit gar nicht ernst genug behandelt werden kann. Erst wenn alle Staatsbürger das Gefühl haben, daß sie gerecht behandelt werden, daß die Steuern von den Kleinen aber auch von den Großen gleichmäßig angefordert und bezahlt werden, nur dann kann man erwarten, daß die Steuermoral gefestigt wird. Nichts schadet dieser Steuermoral damit aber zugleich auch der Staatsautorität mehr, als das Empfinden, daß gerade in den gelblichen Leistungen für den Staat gleichmäßig verfahren wird. Im Auschuß haben sich vor allem die Deutschnationalen sehr stark gegen die öffentliche Bekanntgabe von Steuerzahlungen gewandt. Sie müßten sich dabei aber von anderer Seite sagen lassen, daß ja ihr Führer Helfferich es war, der diese Methode in den politischen Kampf eingeführt hat. Sie müßten sich daran erinnern lassen, daß im Prozeß Helfferich gegen Erzberger die geistlichen Steuerlisten Erzbergers eine entscheidende Rolle spielten. Freilich hat sich herausgestellt, daß gerade in dieser Frage Erzberger sich nicht das geringste hatte zuschulden kommen lassen.

Ein Beamtenrecht.

das schon seit langem vom Reichstag gefordert worden ist, wird nun ebenfalls in einer neuen, dem Reichstag vorliegenden Entscheidung von der Reichsregierung verlangt. Gleichzeitig wird die Vorlage eines Beamtenvertretungsgesetzes gefordert.

Der Zusammenbruch der Wohnungsbaupolitik.

Eigentlich ist es absolut verfehlt, in der Presse sich über dieses Thema des näheren zu verbreiten. Wir haben es auch bisher unterlassen, über eine dürre Berichterstattung über die Vorgänge hinauszugehen, da sich die Verhandlungen des Landtags noch in einem Stadium befinden, in dem noch gar nicht abgesehen werden kann, was schließlich als Beschluß herauskommt. Anders glaubt der „Volksfreund“ handeln zu sollen, dessen Berichterstattung offensichtlich an eine agitatorische Ausbeutung der Landtagsverhandlungen für Wahlzwecke weit mehr Interesse hat als an dem tatsächlichen Zustandekommen des Gesetzes und damit an der Mittelbeschaffung für den Wohnungsbau. Der Volksfreund hat anscheinend in seinen Spalten den Landtagswahlkampf bereits begonnen. Und wie! Man kann schon sagen, wenn es so weitergeht, so wird er dem Reichsblod mit seinen Unwahrheiten bei der Reichspräsidentenwahl den Rang ablaufen. Zur Steuer der Wahrheit sehen wir uns gezwungen, den Ausführungen des Volksfreund in Nr. 134 und 136 entgegenzutreten.

1. Der Volksfreund bedauert das Resultat der Abstimmungen im Haushaltsauschuß als „völlige Zerschlagung des Gedankens der Förderung des Wohnungsbaus, völlige Zerschlagung aller Hoffnung aller Zuschussuchenden auf irgendwelche staatliche oder gemeindliche Hilfe und Abkehr von jeder Hilfe gegen die Wohnungsnot“. Auch wir bedauern das ebenso lebhaft! Aber wo liegen die Schuldigen? Wer hat die Regierungsvorlage zu Fall gebracht? Doch nicht das Zentrum! Vielmehr hat sich das Zentrum auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt. Seine Änderungsanträge hätten in keiner Weise das finanzielle Ergebnis beeinträchtigt mit Ausnahme des Antrags zugunsten der Hausbesitzer, deren Friedensmiete hinter einer Prozentigen Verzinsung des investierten Kapitals zurückbleibt. Hier handelt es sich aber nicht um ein „Geschenk an die Hausbesitzer“, sondern lediglich um eine Gleichstellung aller Hausbesitzer in dem Sinn, daß allen die von dem sozialistischen Arbeitsminister Dr. Engler zugedachten 64 Prozent der Friedensmiete (prozentige Verzinsung vorausgesetzt) für Instandhaltung und Betriebskosten tatsächlich belassen werden und daß nicht durch die Gebäudeversteuere einige von ihnen dieses als unbedingt notwendig Zugeständene wieder ganz oder teilweise weggesteuert wird. Das Zentrum hat also sachliche Politik in seinen Anträgen getrieben, und es war bereit, die Regierungsvorlage anzunehmen, obwohl es sich bewußt war, daß die Steuererhöhung bei den Wählern keine besondere Freude auslösen würde. Gewohnt, sachliche Politik zu treiben, stellte es sich dennoch auf den Boden der Vorlage, weil es überzeugt ist, daß Mittel für den Wohnungsbau geschaffen werden müssen.

Wer hat nun die Vorlage zu Fall gebracht? Das war die Siebentmännerfraktion der Demokraten unter Führung ihres Steuerfachverständigen, des Großindustriellen Abg. Freudenberg. Sie stellten den Antrag, die Regierungsvorlage abzulehnen und die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. Dieser Antrag hätte eine starke Schonung der Industrie und eine weitere Belastung der Landwirtschaft mit sich gebracht. In ihrer blinden Abneigung gegen die Bauern vergaßen die Sozialdemokraten, daß sie doch eigentlich antikapitalistisch eingestellt sein wollen und ließen sich von den steuerlich lauern Bauernfeindlich und großkapitalistisch eingestellten Demokraten ins Schlepp nehmen. Diesen Weg konnte das Zentrum niemals mitmachen. Demokratie und Sozialdemokratie fanden die Unterstützung der steuerlich durch den Abgeordneten Fabrikanten Sabernoch gleichfalls großindustriell infizierten Deutschen Volkspartei. Nachdem die Deutsche Volkspartei und die hausbesitzerlich-prohädtisch orientierte Landbundhälfte sich der Abstimmung enthielten, gelang der beuernerfeindliche Vorstoß der Demokraten. Mit 10 gegen 9 Stimmen bei 2

Enthaltungen wurde gegen das Zentrum die Regierungsvorlage, unter der die Namen Gelpach und Kemmel stehen, zu Fall gebracht und zwar gegen das Zentrum durch die beiden „Regierungsparteien“ Demokratie und Sozialdemokratie mit Unterstützung durch Teile der Opposition. Schuld an dem Ergebnis der Haushaltsausführungsberatungen tragen also in erster Linie die Demokratie und die Sozialdemokratie. Wenn jetzt kein politisches Ergebnis für den Wohnungsbau herauskam, sind diese beiden dafür verantwortlich.

Was sich anschließend abspielte, vollzog sich durchwegs amangelaufen. Nachdem der „Großblock zur steuerlichen Unterdrückung der Bauern“ Sozialdemokratie — Demokratie — Deutschnationale Volkspartei die größte Regierungspartei, das Zentrum, majorisiert hatte, blieb es die Pflicht dieses Großblocks, reiflos die Verantwortung für die Mittelbeschaffung zu tragen. Das Zentrum dankt für die Rolle, welche man ihm zuschreibt, daß es die Befreiungsanträge der Oppositionsparteien niederstimmte, bei der Verteilung der Steuerlasten jedoch ausgeschaltet werden sollte. Es wollte zeigen, wohin die auf Wahlagitatio eingestellten Anträge gewisser Parteien führen. Wie die Sozialdemokraten im Reichstag durch ihre Haltung gegenüber dem staatsrechtlichen und dem deutsch-spanischen Handelsvertrag die Deutschnationalen zwingen, die Agitation aufzugeben und sachliche Politik zu treiben, so müssen nach diesen Vorgängen im badischen Landtag die Demokraten und Sozialdemokraten dazu erzogen werden. Die Anträge, welche das bisherige Gebäude-sondersteuerrecht zerschlugen, stammen nicht vom Zentrum, sondern von der Deutschen Volkspartei und von der Sozialdemokratie. Für das Zentrum bestand auch nicht die geringste Verantwortung, die sozialen Anträge niederzustimmen. Die Sozialdemokraten allerdings, welche heute die finanzielle Auswirkung sehen, scheinen unglücklich darstellbar zu sein, daß das Zentrum so „unverantwortlich“ handeln konnte, diese sozialen Anträge der Sozialdemokratie anzunehmen. Das Zentrum muß also die Vorwürfe des Volksfreunds und Demokratie, sowie Teile der Opposition dafür verantwortlich machen, wenn keine Mittel zum Wohnungsbau vorhanden sind. Wie wir zuverlässig zu wissen glauben, ist auch heute noch im Zentrum die Bereitschaft vorhanden, auf dem Boden des von der Regierung gemieteten Weges die notwendigen Mittel für den Wohnungsbau zu beschaffen.

2. Entschieden zurückweisend muß folgende Meinerung des Volksfreunds finden: „Wo die armen Mieter bezahlen die Rede!“ (Nr. 134). Hier, insbesondere in Nr. 136 des Volksfreunds wird vollständig unterschlagen, daß durch ein stimmige bzw. fast einstimmige Annahme zweier sozialdemokratischer Anträge durch die Haushaltsausführungsbeiräte von der Gebäude-sondersteuer befreit wurden sämtliche Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbekämpften, Kriegsmilitären, Empfänger von Kriegselternrenten, Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, sowie alle Bewohner mit einem Einkommen unter 3000 Mark, also alle Arbeiter, viele Angestellte und Beamten der unteren Besoldungsgruppen. Der unberechnete Leser prüfe also selbst, was von der unglücklichen Behauptung des Volksfreunds zu halten ist: „also die armen Mieter bezahlen die Rede!“ Wahr ist vielmehr: nach den Beschlüssen des Haushaltsausführungsausschusses sind alle armen Mieter vollständig von der Gebäude-sondersteuer frei.

3. Einfach ungenügend ist die Darstellung in Nr. 136 des Volksfreunds. Wir müssen es zweimal lesen, bis wir es glauben konnten, daß der Volksfreund wirklich etwas Derartiges geschrieben hat. Der Artikel behauptet:

„Alle angenommenen Anträge gelten für das alte Gesetz der Gebäude-sondersteuer vom 2. Juli 1924. Eine Fristbestimmung für das Inkrafttreten der neu angenommenen Befreiungen und Ermäßigungen ist nicht eingetreten, sie gelten also unbestritten für das seit 2. Juli 1924 gültige Gesetz, also rückwirkend! Das dies für die Voranschläge der Gemeinden und für den Staat bedeutet, ist gar nicht zu übersehen, nicht auszumalen!“

Wieder diese Rückwirkung wirklich bestehen, so hätten Staat und Gemeinden die Pflicht, sämtliche seit 2. Juli 1924 zu viel bezahlten Beiträge zurück zu bezahlen. Da die Mittel aber sämtlich bereits ausbezahlt, teils für allgemeine Staats- und Gemeindezwecke, teils für Wohnungsbau, so wäre ein völliger Zusammenbruch nicht nur der Wohnungsbau- sondern des gesamten finanziellen Budgets unermesslich. Es wird und muß Aufgabe nicht nur aller Mieter sein, sondern auch der Städte und Gemeinden, eine derartige Katastrophe für das Land abzuwenden.“

An diesen Ausführungen ist kein mahzres Wort. Es war nie die Rede davon, daß diese Anträge rückwirkend gedacht seien. Das ist vielmehr lediglich eine agitatorische Zweckdienende Konstruktions des Berichterstatters, um die Wähler zu irreführen zu können.

Sociel für heute. Der Wohnungsbau ist eine zu ernste Volkssache, als daß sie zu partiell-agitatorischen Zwecken mißbraucht werden dürfte. Wir bedauern daher diese Entgleisungen des Volksfreunds. Er hat der Sache nicht gedient, zweifellos hat er ihr sehr geschadet. Unsere Feiern können wir zu ihrer Verhütung für heute sagen:

In der Frage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Das Zentrum ist bereit, einen Weg suchen zu helfen, der zum Ziele führt. Aber es muß fordern, daß ihm die Verantwortung nicht allein aufgebürdet wird, daß vielmehr mindestens die beiden anderen Koalitionsparteien sich voll im Tragen der Verantwortung beteiligen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. Juni 1925.

Präsident Voede eröffnet die Sitzung um 2.45 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der 2. Beratung des Haushalts des Innenministeriums. Mit der Besprechung verbunden wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die Aufhebung bayerischer Ausnahmeverordnungen verlangt.

Hg. Vogel (Soz.) protestiert gegen den Ausnahmezustand in Bayern, der durch die Polizeibehörden durchwegs parteiisch gehandhabt werde. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei in Bayern ebensowenig gefährdet wie im übrigen Deutschen Reich.

Hg. Dr. Dr. Richter (D.M.) fordert, daß das Reich Einfluss auf die Polizei erhalte. Die Polizei müsse ein unparteiisches Instrument in den Händen der Regierung sein. Der Schräbeler Polizeibeamtenverband habe durch seine Forderungen geradezu der Entente Waffen in die Hände geliefert. Der Redner unterwirft die Forderungen für bessere Besoldung der Schutzpolizei. In der Schutzpolizei müsse der Geist im Sinne überparteilicher Staatsgewalt erhalten bleiben. (Beifall rechts, links und hinten links.)

Hg. Eichhorn (Komm.) erwidert dem Vorredner, er solle sich an seine eigenen Parteifreunde wenden, von denen eine bessere Besoldung der Beamtenschaft planmäßig sabotiert werde.

Hg. Berndt (D.M.) protestiert dagegen, daß der Vorredner durch seine Kritik der Polizei der Entente Waffen in die Hand gebe. (Beifall bei den Kommunisten.) Die Technische Reichshilfe sei eine wirtschaftlich und politisch vollkommen neutrale Organisation. (Beifall links.) Die Technische Reichshilfe sei noch nicht einberufen. Der Redner beantragt die vom Ausschuss vorgeschlagene Kürzung der Mittel für die Technische Reichshilfe wieder rückgängig zu machen.

Staatssekretär Zweigert teilt mit, daß die bayerische Regierung der Ansicht sei, daß die Zeit für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern noch nicht gekommen sei. Der Redner dankte dem Vorredner für sein Eintreten zu Gunsten der Reichshilfe und bittet ebenfalls, die vom Ausschuss vorgeschlagene Kürzung der Mittel wieder rückgängig zu machen. Bezüglich der Bildung von politischen Sondergruppen bei der Polizei verweist der Redner auf ein Rundschreiben des ehemaligen Innenministers Koch-Meier, in dem es u. a. hieß: Das Recht der Polizeibeamten, sich Vereinigungen anzuschließen, soll in keiner Weise eingeschränkt werden. Es kann aber unter keinen Umständen gebildet werden, daß innerhalb der Polizei sich politische Sondergruppen bilden, andernfalls eine Verletzung der Polizei die Folge sein würde. (Sehr richtig! rechts.)

Hg. Tadaich (Komm.) nennt die Technische Reichshilfe eine „Organisation von Verbrechern am Volke“. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.)

Hg. Groß (Zentr.): Die Kommunisten würden dazu beitragen, im Zustand der Meinung zu verbreiten, als wären wir ein Militärstaat mit allen möglichen Küstungen. Eine Polizei, die keine Waffen hat, ist nichts wert. Die Polizeibeamten haben natürlich das Recht des Zusammenschlusses, sie sollten sich aber in der Öffentlichkeit etwas zurückziehen. Eine allgemeine Besoldung der Technischen Reichshilfe sei angesichts der wilden und ziellosen Streiks heute noch nicht angebracht. Zu einer Arbeitserleichterung würde die Technische Reichshilfe allerdings nicht werden.

Hg. Könnberg (Dem.) nimmt dem Antrag auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes zu. Die Technische Reichshilfe sei manchmal eine ausreichende Grund eingesetzt worden; aber wir brauchen ein solches Instrument noch, weil in einer Reihe von Streitfällen die allernotwendigsten Hilfsarbeiten nicht geleistet worden sind.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus verläßt sich um morgen Freitag, 19. Juni, 2 1/2 Uhr nachmittags, zur Weiterberatung.

Schluss der Sitzung: 6.40 Uhr.

Die Sinauschiebung der Vermögenssteuer-vorauszahlung vom Reichstag angenommen.

Berlin, 17. Juni. Im Reichstag wurde heute ein von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachter Gesetzentwurf über die Sinauschiebung der Vermögenssteuer-vorauszahlung vom 15. Mai 1925 bis 15. August in allen drei Lesungen angenommen.

Vorverlegung der Reichsparlaments-sitzung des Zentrums. (Eigener Drahtbericht.)

J. H. Berlin, 18. Juni 1925.

Die Reichsparteivorstandssitzung des Zentrums findet nicht, wie gestern gemeldet, am 26. Juni, sondern bereits am 23. Juni in Berlin statt.

Der Fall Höfle.

Vernehmung des Geheimrat Krauß.

Die letzte Sitzung des Untersuchungs-ausschusses im Fall Dr. Höfle begann mit der Vernehmung des Herrn Geheimrat Krauß, des Leiters der Charité, der den Zeugnisausschuss ohne religiöse Formel leitete. Er gibt eine Schilderung von dem Zustand Dr. Höfles, wie er ihn am 4. April bei der Untersuchung in der Charité vorfand. Dr. Höfle sei stark abgemagert gewesen, aber doch noch normal ernährt. Er machte einen stark deprimierten Eindruck und zwar so stark, daß der Zeuge befürchtete, daß die Verhandlungsfähigkeit des Kranken stark gefährdet sei. Er, er war sogar der Meinung, daß Dr. Höfle auch nur eine mehrtägige Vernehmung und Verhandlung nicht mehr hätte aushalten können. Deshalb hat der Zeuge unbedingt auf dem Standpunkt geblieben, daß Dr. Höfle sowohl aus ärztlichen Rücksichten, als auch aus seiner Vernehmungsfähigkeit willen, hätte entlassen werden müssen. Dr. Höfle habe einen ganz sympathischen Eindruck auf ihn gemacht, der ganz niedergeschmetert war durch die ihn erhabenen Vorwürfe, wie es nur bei solchen Menschen vorkommt, die bisher unbescholten waren und die sich unschuldig fühlen.

Bei der Beurteilung der Geschäftsfähigkeit hat sich der Zeuge nicht nur durch den Erlaß des Hofratsministers verleiten lassen, da er ihn überhaupt nicht kannte. Nahe Lebensgefahr war nach seiner Ansicht nicht vorhanden; jedoch wäre eine noch stärkere Abmagerung zu befürchten gewesen, die Lebensgefahr hätte herbeiführen können. Die Fortführung der Sitt hätte im Fall Höfle das „Zerbrechen eines Menschen“ bedeutet, besonders da nach Schilderungen von Bekannten, Dr. Höfle sehr einträufelnd war.

Ganz schlecht sei das Krankenhaus in Moabit. Es müßte dort eine ganz radikale Veränderung eintreten. Was er sonst von Kranken gehört habe, die aus dem Gefängnislager kamen und der Befund an ihnen habe ihre Aussagen bestätigt, sei einfach verheerend. Er schildert einen Fall, wo ein Untersuchungsgefangener infolge der eingenommenen narkotischen Mittel ganz mit Wahn behaftet, eingeliefert worden sei. Geheimrat Krauß forderte mit großer Energie, daß ein psychiatrisches Krankenhaus, wie in Moabit, die Garantie bieten müsse, daß ein Schwerkranker keinen Schaden an seiner Gesundheit leide. Das sei aber in Moabit unmöglich, z. B. wäre es doch manchmal nötig, daß sofortige chirurgische Eingriffe notwendig seien. Er wisse aber nicht, wie das in Moabit geschehen solle.

Hg. Dr. Weiser (Ztr.) erkundigt sich danach, ob das Verlangen der Pupillenreaktion bei Dr. Höfle, die Dr. Thiele vorgenommen habe, diesem das Recht gegeben habe, keine Morphiumvergiftung anzunehmen. Geheimrat Krauß erklärt, daß eine borgeglaubene Morphiumvergiftung auch eine Lähmung der Augenpupille herbeiführe, und daß deshalb die Pupillenreaktion nicht mehr funktioniere.

Dr. Weiser fragt weiter, ob Dr. Thiele eine Magenpille hätte vorgeben müssen, nach dem er in der Hand des Kranken eine Luminaltablette gefunden habe. Nachdem Dr. Weiser den Tatbestand vom Samstag, den 18. April geschildert hatte, erklärt der Zeuge, daß unter diesen Umständen von ihm eine Magenpille vorgegeben worden wäre. Was die Bedenken angehe, die Dr. Thiele gehabt habe, so sehe der Zeuge auf dem Standpunkt, daß in großen Dingen der Mensch etwas wagen müsse. Das hätte auch hier gegolten. Was die Abmagerung Dr. Höfles angehe, so sei es richtig, daß das Herz zuletzt bei Abmagerung sein Fett verliere. Man dürfe sich auch nicht so genau an die Normaltabelle für das Körpergewicht halten. Der arme Höfle sei nun tot und das beruhe ihn menschlich sehr. Da aber nichts mehr daran zu ändern ist, so soll der Ausschuss wenigstens dafür sorgen, daß solche Fälle im Untersuchungsgefängnis nicht mehr vorkommen.

Hg. Böhm (Deutsche Volksp.) will noch einmal ganz genau wissen, warum das Gefängnis-lagerort schlecht sei. Geheimrat Krauß bezeichnet die Verhältnisse dort als eine Folge Majeure, an der kein Arzt etwas ändern könne. Es sei nun einmal ein Geist, der dort nicht wegzuwahren sei. Wenn ein Verurteilter oder Untersuchungsgefangener krank wird, so müsse er eine Behandlung als Mensch und als Kranker haben. Es dürfe nicht heißen: O ja Justiz. Man behandele die Kranken in Moabit so nur mit narkotischen Mitteln, jedoch sie alle Morphiumtuben würden, darum müßten die Verhältnisse dort radikal geändert werden. Ein Assistenzarzt sei dort notwendig und es sei empörend, dem Arzt zuzumuten, daß er selber einen solchen bezahle. Beim Tode Dr. Höfles könne man anführen: Morphium würde sagen, es ist der erste nicht.

In der weiteren Vernehmung gab es noch einige Differenzen zwischen dem Ärzten des Untersuchungs-ausschusses und Geheimrat Krauß. Geheimrat Krauß betonte stark, daß nach seiner Ansicht Dr. Höfle wohl keine Selbstmordgedanken gehabt habe, daß er aber infolge seiner seelischen Depression vielleicht Ruhe gewünscht habe und deshalb die Kartoffeln genommen habe, ohne zu bedenken, daß sie seine Gesundheit schwer schädigten. Dr. Höfle wäre sicherlich nicht gestorben, wenn er in einem guten Krankenhaus gewesen wäre. Bei dem geschwächten Zustande Dr. Höfles hätte eine geringe Menge genügt, um ihn zum Tode zu führen. Höfle wäre das Opfer der Verhältnisse in der Rechtsfluge, nicht aber ein Opfer der Justiz.

Untergrabung der Disziplin der Karolko-Soldaten.

Paris, 18. Juni. Der Republikanische Verband des Senats hat gestern eine Resolution eingebracht, in der er gegen die verbrecherische Propaganda protestiert, die auf die Untergrabung der militärischen Disziplin unter den Karolko-Soldaten abzielt. Die Resolution gibt in der Anforderung an die Regierung, entsprechende Maßnahmen zur Verhütung der Urheber dieser Propaganda zu ergreifen.

Baden.

Der bad. Oberkirchenrat u. die Wahlen

Die Erörterung über die Stellung des badischen Oberkirchenrats zur Reichspräsidentenwahl nimmt in den protestantischen Reichsblättern ihren Fortgang. In der „Täglichen Rundschau“ (Nr. 174) hatte Professor Stein in Jena „das Eintreten der evangelischen Männer und Frauen für die Wahl des Zentrumsführers Marx als das N. oder die höchste im Wahlkampf“ bezeichnet, „was einem aufrichtigen evangelischen Wähler begegnen sollte.“ „Hier habe die Politik über den Glauben gesiegt.“ Dagegen wandte sich nun Prof. Baumgarten-Kiel, der bekanntlich wegen seines Eintretens für Marx von protest. Seite nicht gelinde angefaßt wurde. Er glaubte sich sogar für die Rettung der Kirche von Politik auf den bad. Oberkirchenrat berufen zu können. Das war nun erst recht den Vertretern des evangelischen Bundes unangenehm. Der bekannte Prof. Thimm in Jena meldete sich darum ebenfalls zum Wort (Nr. 227), um sein Bedauern auszusprechen, daß „jene protestantischen Führer“ — darunter versteht er auch den bad. Oberkirchenrat — „die dem Protestantismus seitens des Ultramontanismus (und des Zentrums) drohenden Gefahren nicht mehr sehen, oder nicht mehr sehen wollten.“

Von der Stellung des Oberkirchenrats selbst jagte Thimm:

„Professor Baumgarten ist allerdings in der glücklichen Lage, für seine Anstellungen sich auf einen hochmögenden Gefinnungsgegenstand berufen zu können, nämlich den Oberkirchenrat und den Kirchenpräsidenten in Baden. Dort hatte der evangelische Kirchengemeinderat in Mannheim vor der Wahl ein Flugblatt mit der Mahnung ausgehen lassen, nicht den Zentrumsführer zum Reichspräsidenten zu wählen. Hindenburg war als Kandidat nicht genannt, man hatte nur unter der Überschrift „Politik für das Zentrum nur Mittel zu dem Zweck, die Macht zu erringen, sei“, demgegenüber die Evangelischen aufgefordert, ihr Gemissen zu prüfen, ob Parteiprogramm, Parteischlagwort und Parteidisziplin ihnen höher ständen, als die evangelische Kirche und ihr evangelisches Bekenntnis.“

„Wer in dieser Schicksalsstunde nicht für unsere evangelische Kirche sei, der sei wider sie.“ Dagegen haben sich Oberkirchenrat und Kirchenpräsident mit dem billigen Vorwurf ausgesprochen, daß der Mannheimer Gemeindeführer sich in die Politik eingemischt habe.“ Nun ist es zwar wunderbar, daß derselbe Baumgarten, der sein Leben lang gegen Oberkirchenrat Stellung nahm, jetzt gegen einen Gemeindeführer mit einem Oberkirchenrat Vorkämpfer verhalten. Aber was tut man nicht, um aus einer verfahrenen Situation herauszukommen? Denn daß Herr Professor Baumgarten und seine Mitgläubigen in einer verfahrenen Situation sind, bezeugt er selbst durch seine Verwunderung über den für ein so unchristliches Land, wie Schlesien, Böhmen, erzkatholisches Grenz- und protestantisches, der ihm entgegengetreten sei und ebenso, wie dem badischen Oberkirchenrat, auch die Baumgarten gelangen durch die simple „Luminaltabelle“, „Ihr seid es, die Religion mit Politik verquickeln“, die schwereren Vorwürfe nicht abzuwehren.“

Diese Schilderung kam dem bad. Oberkirchenrat etwas unangenehm. Er wandte sich darum selbst an H. Professor Thimm. Wir erfahren darüber folgendes (Tägliche Rundschau Nr. 247 vom 14. Juni):

„Noch einmal: „Die Reichspräsidentenwahl und die Kirchen.“

Herr Professor D. Thimm-Jena schreibt uns: Der Herr Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats in Baden hat sich brieflich bei mir beschwert, daß ich sein Handeln und seine Stellung gegenüber dem Mannheimer Gemeindeführer in Nr. 227 der „Täglichen Rundschau“ (Morgenausgabe vom 8. Juni) nicht richtig geschildert hätte. Der Oberkirchenrat hätte nur moniert, daß der Mannheimer Gemeindeführer seine Kundgebung gegen die Empfehlung der Wahl von Marx durch Evangelische in den Kirchen hätte verlesen lassen, einer Bekanntgabe außerhalb der Kirchen hätte er nicht widersprochen. Der Oberkirchenrat hätte sogar in einem eigenen Schreiben an alle Geistlichen dazu aufgefordert, daß die Geistlichen mehr, wie bisher, in den öffentlichen Dingen aufläred wirken müßten.

Nach dieser Erklärung kann ich allerdings den badischen Oberkirchenrat nicht mehr an die Seite Baumgartens stellen, als ob er das Auftreten des Mannheimer Gemeindeführers gegen die Empfehlung der Wahl von Marx durch Evangelische an sich getadelt hätte. Aber so war es in meiner Quelle zu lesen Nr. 9 der badischen „Landeskirchlichen Blätter“. „Für Baden ist die Feststellung außerordentlich wichtig, daß die Kirchenleitung das Vorgehen des Mannheimer Kirchengemeinderats nicht gebilligt hat. Noch vor kurzem hat dies ja D. Wirth ausdrücklich der schwarz-rot-goldenen Debatte in der Synode als Grundjah ausgeführt (nämlich: „daß man die Kirche von der Politik reinigt“). Nun geht meine Meinung allerdings dahin, daß die beiden Grundätze: 1. „daß die Geistlichen mehr, wie bisher, in den öffentlichen Dingen aufläred wirken müßten“ und 2. „daß man die Kirche von der Politik reinigen müsse“, nicht zu vereinigen sind. Aber da die Quelle für die Kundgebung dieses Widerspruchs dieselben badischen „Landeskirchlichen Blätter“ sind, wird wohl auch hier ein Irrtum obwalten.“

Diese Feststellungen Prof. Thimm's sind für uns sehr interessant. Der bad. Oberkirchenrat deckt also doch nachträglich die Ausschüsse des evangelischen Kirchengemeinderates in Mannheim, nur hätte dies nicht in der Kirche geäußert werden sollen. Einer Kontraste außerhalb der Kirchen hätte er nicht widersprochen.“ Das ist was wir Katholiken auch von dieser „Täglichen Rundschau“ erwarten haben. Die „Täglichen Rundschau“ mehrten sich. Also aufwärts!

Mi...
Präsi...
Sitzung...
Oberpost...
postdirekt...
besser u...
auf dem...
Bon du...
Verhandl...
ordnet...
Maf...
Die Re...
ob nicht...
dürfnis...
der weiter...
um, gesteu...
sen Intern...
losgel...
gesteuert...
Nachst...
mann (S...
trag im...
stimmig...
maier...
ausdruck...
abgeordn...
das nach...
bildung...
gedehnt...
hauptsächl...
zu viel...
teilnehme...
und Behre...
Ausdruck...
Umgab...
In der...
zunächst...
auch Fortb...
gehen, wo...
Das Kin...
Mißbrauc...
auch gegen...
selben...
föhrungs...
neuerdun...
reits eing...
träge sind...
Redner in...
Landtag...
und gefun...
den Juge...
Hg. V...
Shtien für...
nungen...
Hg. K...
rührt zwei...
gaf...
aller Part...
einigt hab...
im Ausdr...
Es erzie...
der beten...
dener Me...
gof...
pfl...
man sich...
toren (Sch...
gehen müß...
städtisch...
Karlstru...
hat in den...
Gottlob...
Die Kab...
aber zu...
gend...
moralisch...
sollten...
jede der...
Zunahme...
Alkohol...
genannt...
Jugend...
großen...
mandmal...
sorge...
sammenar...
erfolgreich...
wisse...
Beeinfl...
zur Hilfe...
muß eing...

Badischer Landtag.

Mittwoch-Nachmittags-Sitzung.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Sitzung. Er vertieft zunächst ein Schreiben der Oberpostdirektion Karlsruhe über die im Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe erfolgten Verbesserungen in den Postverhältnissen auf dem Lande.

Von der Tagesordnung kommt zunächst zur Verhandlung der Antrag der Frauenabgeordneten u. Gen., betr.

Nachnahmen gegen weitere Zunahme der Kabarettisten.

Die Regierung soll erlucht werden, zu prüfen, ob nicht durch eine schärfere Handhabung der Bedürfnisfrage bei Erteilung der Erlaubnis der weiteren Zunahme der Kabarettisten, Dienen usw. gesteuert werden kann, und wie den in diesen Unternehmungen sich breit machenden Zügellosigkeit und Sittenwidrigkeiten gesteuert werden kann. Berichterstatter für den Rechtspflegeauschuss hierüber ist Abg. Weismann (Soz.), der die Aussprache über den Antrag im Ausschuss schildert, der den Antrag einstimmig annahm. Weiter berichtet Abg. Ziegelmayer-Oberkirch (Ztr.) für den Rechtspflegeauschuss über den weiteren Antrag der Frauenabgeordneten, Abänderung des Kindererschulgesetzes, das nach dem Antrag auch auf die Fortbildungsschulpflichtigen Kinder ausgedehnt werden soll. Der Antrag entnimmt hauptsächlich dem Umstande, daß die Jugend viel zu viel an Schaustellungen, Luftbarkeiten usw. teilnehme, für die sie noch nicht reif sei. Lehrer und Lehrerinnen führen darüber Klage. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig den Antrag zur Annahme.

In der Debatte (über beide Anträge) spricht zunächst Frau Abg. Straub (Dem.): Schüler, auch Fortbildungsschüler, sollen nicht in Kabarett gehen, wo ihnen schwere sittliche Gefahren drohen. Das Kindererschulgesetz von 1903, das sich gegen Mißbrauch der Arbeitskraft der Kinder richtet, wie auch gegen die mißbräuchliche Verwendung derselben bei Schaustellungen, soll auch auf die Fortbildungsschüler ausgedehnt werden. Man hat neuerdings auch in guten Familiencafés Kabarett eingeführt. Auch die „ausflüchtigen“ Vorträge sind gefährlich für die Reinheit der Jugend. Rednerin richtet einen warmen Appell an den Landtag, mitzuhelfen an dem Werke des sittlichen und gesundheitlichen Schutzes der heranwachsenden Jugend.

Abg. Bod (Komm.) macht das kapitalistische System für die Jugend gefährdenden Erscheinungen verantwortlich.

Abg. Kühn (Ztr.): Der Antrag Straub berührt zweifellos ein Gebiet, auf dem noch viel gearbeitet werden muß und kann. Daß die Frauen aller Parteien sich zu dem Zweck der Hilfe vereinigt haben, ist hochzuverehren. Der Antrag hat im Ausschuss allgemeine Zustimmung gefunden. Es erziehten tatsächlich erhebliche Mißstände, über deren Ursache und Umfang man verschiedene Meinungen sein kann; aber es muß etwas geschehen. Vom Standpunkt der Jugendpflege und der öffentlichen Fürsorge ist man sich darüber klar, daß alle berufenen Faktoren (Schule, Polizei usw.) gemeinsam vorgehen müssen. Redner verweist auf den neuesten städtischen Bericht, des Fürsorgeamts der Stadt Karlsruhe. Die Unfähigkeit der Jugend hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Gottlob gibt es auch noch eine gute Jugend! Die Kabarettisten usw. sind daran nicht allein schuld, aber zu einem Teil. Es ist notwendig, die Jugend vorbeugend zu schützen gegen eine moralische Schädigung und Verelendung. Da sollten auch die Kommunisten mitwirken. Ursache der schlimmen Erscheinungen ist auch die Zunahme der Vergnügungssucht und der Alkoholismus. Und da sind die in dem Antrag genannten Lokale nicht ohne Bedenken für die Jugend, da sie dort ohne jede Aufsicht ist; die großen Ausgaben verleiten die Jugendlichen manchmal auch zu Eigentumsvergehen. Fürsorge und Polizei müssen entsprechend zusammenarbeiten, und es geschieht auch vielfach erfolgreich. An der Polizei hat sich ja eine gewisse Umstellung vollzogen. Auch die religiöse Beeinflussung der Jugend ist notwendig zur Hilfe. Und die Vergnügungssucht im Volk muß eingedämmt werden. Es handelt sich

um die Zukunft der Jugend und damit des Volkes. (Beif.)

Frau Abg. Richter (M.) freut sich über den Widerhall, den der Antrag der Frauenabgeordneten gefunden hat. Es ist Pflicht des Staates, daß die Bitte des Väterunsers „Führe uns nicht in Versuchung“ allorts respektiert wird. Rednerin appelliert an die Männer, die Frauenabgeordneten in diesen Bestrebungen kräftig zu unterstützen. Auch die Familie muß sich der Verantwortung bewusst sein. Rednerin hat nämlich an Redar zwischen Heidelberg und Neckargemünd empörende Vorfälle gesehen; dagegen muß eingeschritten werden. Sie schließt mit einem Appell, die Reinheit der Jugend schützen zu helfen. (Beif.)

Frau Dr. Vernahs (D. Sp.) betont ebenfalls die große Bedeutung dieser Frage. Viele Jugendlichen sind mit Arbeit überhäuft; neben der vollen Berufsarbeit auch viele Hausarbeit. Frau Abg. Fischer (Soz.) spricht ebenfalls für den Antrag. Die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege erhöhen und verschärfen die Gefahren.

Frau Abg. Unger (Komm.): Es sei gut, wenn eine eiernde Wunde einmal bloßgelegt wird. Die Bloßlegung, wie sie heute geschah, bedeute ein tiefes Gefühl der Panzerotterklärung der christlichen und bürgerlichen Weisheit. Es gelte also das Lebel an der Wurzel auszurotten. Frau Unger ließ keinen Zweifel daran, daß sie als Kommunistin den auch von ihr unterschriebenen Antrag anders begründet wie ihre Kollegen.

Frau Abg. Siebert (Ztr.): Die Abkehr von der inneren Gebundenheit des Menschen an das göttliche Sittengesetz ist Hauptursache der Zersetzungserscheinungen in der Familie und der Gesellschaft, wenn auch die Entwicklung der Technik und gewisse Erscheinungen des Kapitalismus daran mitzugewinnen. Dem neuen Sittengesetz stehen wir mit Spannung und einigem Misstrauen entgegen; auch im Interesse der Gesundheit der Jugend. Vom erzieherischen und sittlichen Standpunkt aus spricht sich Rednerin gegen das Familienbad aus und bekämpft wirksam die Verhütung der Frau Abg. Unger von der Panzerotterklärung der christlichen und bürgerlichen Weisheit in dieser Frage. (Beif.)

Abg. Dr. Mahler (M.) bringt einen Mißstand im Sportleben zur Sprache; es sollten Sportleute nicht in Gruppen halbbedeckt durch die Straßen ziehen.

Abg. Bod (Komm.) nimmt die Familienbäder in Schutz.

Abg. Frau Richter (M.): Familienbad an abgeschlossenem Platz und Familienbäder wie z. B. am Neckar sind zweierlei; gegen letztere muß die Regierung einschreiten.

Es sprechen noch Frau Abg. Fischer (Soz.) und Frau Abg. Unger (Komm.).

In der Abstimmung wird der erste Antrag der Frauenabgeordneten mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen (Komm.) angenommen. Der 2. Antrag, Ausdehnung des Kindererschulgesetzes, findet ebenfalls Annahme, bei 3 Enthaltungen (Komm.).

Weiter kommt zur Verhandlung der Antrag Abg. Frau Siebert und Gen., baldige Erlassung des Hebammengesetzes, das in Bearbeitung ist, und Altersfürsorge für Hebammen, die in Not geraten sind, betr. Für den Rechtspflegeauschuss berichtet darüber eingehend Abg. Frau Fischer (Soz.). Der Ausschuss stellt den Antrag auf Annahme des Antrags.

Frau Abg. Siebert (Ztr.) begründet den Antrag. Sie beruft sich auf die Schwierigkeiten für die Durchführung des Antrags nicht. Es handelt sich um einen „freien Beruf“, der aber in der Ausübung manchen Beschränkungen unterliegt. Ueber die Erwerbstätigkeit der Hebammen sollen im Interesse von Mutter und Kind, für die sie ihres Amtes zu walten haben, Bestimmungen getroffen werden. In der freien Hebammenwahl muß festgehalten werden. Es muß auch ein Ueberangebot von Hebammen verhindert werden. Die Landesverbände der Hebammen sollen mit den Frauenorganisationen über die Einzelbestimmungen des Gesetzes mit den gesetzgebenden Faktoren in Ver-

handlung treten. Rednerin begrüßt es, daß auf der Hebammenlehrkonferenz für den Beruf der Hebammen eine besondere persönliche Eignung verlangt wurde. Die gebührende Wertung des Hebammenberufs ist leider nicht allgemein. Die Altersversorgung der Hebammen ist unerlässlich, wie zahlreiche Klagen über die bestehenden Mängel einer solchen Fürsorge beweisen.

In der Abstimmung wird der Antrag der Abg. Frau Siebert u. Gen. einstimmig angenommen.

Zum Schluß werden noch ein Antrag des Abg. Bod u. Gen. (Komm.) betr. Noilage der Kleinbauern, Pächter und Siedler in Verbindung mit Gesuchen des badischen Kleinbauern- und Pächterverbandes und der Bezirksgruppe Kehl des badischen Landbundes verhandelt. Der Antrag Bod wird abgelehnt. Näheres darüber morgen.

Die Laubstreu-Debatte.

Donnerstag-Sitzung. Karlsruhe, 18. Juni. Stimmungsbild.

Den heutigen Tag stand im Wesentlichen im Zeichen der Landwirtschaft. Zunächst wurde ein Antrag der Kommunisten beraten, die sich in ihrer Weise für die Beseitigung der Notlage der bad. Kleinbauern, Pächter und Siedler einsetzen. Den Antrag begründete Herr Gähler, ein komm. Landwirt. Er kam vom Hunderten ins Laubstreu, ohne viel Vernünftiges zu sagen und endete schließlich mit der Schilderung der komm. Landverteilungspläne. Es war eine echt komm. Rede. Alles floß bunt durcheinander. Man kann solche Tiraden beim besten Willen nicht ernst nehmen. Aber schließlich hat im Landtag auch der Humor eine gute Seite. Der Erfolg der Rede war so übermächtig, daß alle Wortmeldungen zurückgezogen wurden. Der Ausschussbeschluss gelangte zur Annahme. Ebenso wurden die Anträge hinsichtlich einiger Gesuche von landwirtschaftlichen Organisationen genehmigt. Näheren Aufschluß über die Dinge gibt übrigens der Bericht über die Kommissionssitzung in Nr. 145 des Bad. Beob. vom 27. v. Mtz.

Nachdem während der noch einige sonstige Sachen erledigt worden waren, wandte sich der Landtag der Laubstreufrage zu, die für viele Landwirte und ländliche Arbeiter eine große Bedeutung hat. Den Verhandlungen liegt eine Denkschrift über die Laubstreuabgabe in den Gemeindeabgaben zugrunde, die ergibt, daß sich die Forstleute energisch gegen die Streuabgabe wehren. Herr Seubert erstattete einen ausführlichen Bericht. Ein lebhaftes „Hört, hört“ rufft seine Mitteilung hervor, daß ein Landbundesvertreter sich im Ausschuss recht derb gegen die Streuabgabe gewandt hat. Der Landbündler (Abg. Kläber) meinte nämlich bei der Besichtigung, wer angeführt des Zustandes der Wälder noch Laubstreu molle oder abgebe, sei ein bewußter Verbrecher. Inzwischen hat die Regierung bereits einen Runderlaß wegen alsbaldiger Abgabe von Laubstreu an die Forstkämmer hinausgegeben. Der Erlaß ist öffentlich bekanntgegeben. Zum Schluß hat Herr Seubert unter Hinweis auf das herrschende Mißtrauen den Finanzminister um völlige Durchführung seiner neuesten Anweisung. Der Herr Finanzminister ergriff nun sofort die Gelegenheit zur Abgabe einer Erklärung. Diese Erklärung ist im Sitzungsbericht wiedergegeben. Hoffentlich wird sie überall richtig verstanden und in der Praxis gewirkt. Wenn Forstleute die Anordnungen nicht befolgen, ist es Pflicht des vorgerücktesten Ministers für schnelle und gründliche Abhilfe zu sorgen. Und nun kamen Laubstreu-Meden aus allen Richtungen. Herr Ziegelmeyer-Rangenbrücken schilderte die be-

sondere Laubstreu, die z. St. sich zeigt. Er verwies auch auf die allgemeine Kritik der Landwirtschaft und verlangte, daß die alten Rechte der Gemeinden und Bürgergenossenschaft nicht angefaßt werden. Etwas anders ist Herr Kurz und mit ihm die soz.-dem. Partei eingestellt. Er meint schließlich: „Es muß die Regierung den Landwirten mit Laubstreu und Sägemehl unter die Arme greifen.“ Herr Kläber vom Landbund hat ebenfalls große Bedenken gegen die Abgabe von Laubstreu. Er redet auch der Laubstreuabgabe das Wort und wendet sich namentlich gegen weitere Streuabgaben in der Luffhardt. Nachdem noch die Zentrums-Abg. Engelhard und Friedel auf die besonderen Verhältnisse in der Landwirtschaft hingewiesen hatten, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Hoffentlich tritt nun bald Abhilfe ein. Das wäre sehr zu wünschen; die Grundlage ist von der Regierung und dem Landtag gegeben. Nun ist es Sache der Gemeinden und Forstleute, das Ihrige zur Versorgung und Beseitigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu tun. Im übrigen kamen in der Sitzung noch einige Redemündungen entsprechend zur Geltung. So sprach Herr Kläber von den Wäldern, „in denen wir zu Hause sind.“ Wenn das so ist, dann ist allerdings manches verständlich, was vom Landbund herkommt.

Sitzungsbericht.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet 10 Uhr die Sitzung. Es wird in der Tagesordnung der gestrigen Sitzung fortgefahren. Es wurde am Schluß der gestrigen Sitzung (wie im vorhergehenden Bericht schon kurz erwähnt) noch der kommunistische Antrag über die Noilage der Kleinbauern, Pächter und Siedler in Beratung genommen und in Verbindung damit die einschlägigen Gesuche des badischen Pächter- und Kleinbauernverbandes u. B. in Freiburg und der Bezirksgruppe Kehl des badischen Landbundes namens einer Verammlung von 2000 Landwirten über die Graspreise. Der Rechtspflegeauschuss beantragt Ablehnung des kommunistischen Antrages, ferner zum Gesuch des Pächterverbandes: teils Uebergang zur Tagesordnung, teils Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme; zum Gesuch der Bezirksgruppe Kehl des badischen Landbundes: Die Entscheidung über die Nachtpreise bei Grasversteigerungen durch die Regierungserklärung für erledigt zu erklären und über die Entscheidung wegen des Bezugs der Landbundesorganisation bei Beratungen gemeinschaftlicher Angelegenheiten zur Tagesordnung überzugehen.

Nach der Berichterstattung über die Verhandlungen des Rechtspflegeauschusses durch die Abg. Schrank (Abd.) und Martin (Ztr.) wurde gestern abend die Sitzung abgebrochen.

In der heutigen Beratung kommt Abg. Gähler (Komm.) zur Begründung des kommunistischen Antrags und zur Befürwortung der Gesuche des Komm. Pächterverbandes und des Bad. Landbundes, Bezirksgruppe Kehl, zu Wort. Er bedauert die Ablehnung des Antrags im Ausschuss; das sei ein Beweis, daß die heutige Gesellschaft den Bauern gerade so wenig helfen könne wie andere konnten. Redner begründete im einzelnen die Anträge der kommunistischen Fraktion, hauptsächlich unter diesem Gesichtspunkte. Die Bauernfrage werde machtpolitisch gelöst werden. Auch in Deutschland werde eine große Bewegung kommen, die die Befreiung des Bauern bringen werde (ähnlich, wie man jetzt in China und Marokko die Bedrückten abmerse). Redner fordert, daß die Regierung nach den kommunistischen Anträgen verfähre und wenn jetzt auch der Landtag die Anträge ablehne, so werden die Kommunisten wieder mit neuen Anträgen kommen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Ausschussantrag auf Ablehnung des kommunistischen Antrags wird mit 36 gegen 2 (Komm.) Stimmen, bei 11 (sozialdem.) Enthaltungen angenommen. Die Ausschussanträge bezüglich der Gesuche der kommunistischen Bauern- und Pächterorganisationen werden wie folgt befürwortet: Ziffer 1, 2 und 3 durch Uebergang zur Tagesordnung und Ziffer 4, 5 und 6 durch Ueberweisung des Gesuchs an die Regierung zur Kenntnisnahme; zu dem Gesuch der Bezirksgruppe

Der tolle Mister Teddy von Newyork.

Der Roman eines Eigenwilligen. Von Erich Friesen.

Edward Harding ist in der letzten Zeit nirgends mehr so recht zu Hause. Weder in seiner traulichen Cottage auf Coney Island — weil er fürchtet, er könne inzwischen in Newyork an der Börse etwas verpassen, noch in seinen Newyorker Apartements im Splendid Hotel — denn er lebt dort in beständiger Angst, daß in Coney Island der mit seinem ganzen Vermögen aufgebaute Bergwerkszucker in die Luft fliegt.

Wie ein Fernwid jagt er taatäglich von Newyork nach Coney Island und wieder nach Newyork. Und bildet sich stets ein, daß er da, wo er nicht ist, etwas veräumt.

Das Goldfieber hat ihn gepackt. In solchem Maße, daß es den Mann vollständig umtrempelte.

Waren früher Indolenz und Arbeitscheu seine hervorsteckendsten Eigenschaften — so quält ihn jetzt Unrast und Arbeitswut. Er läßt sich kaum mehr Zeit zum Schlafen, zum Essen schon gar nicht. Und auf seinem Schreibtisch liegen Stöße von Berechnungen und Aktienformularen in wildem Durcheinander.

In Wirklichkeit ist Henry Bartley der Wacker. Harding ist nur der vorgegebene Strohmännchen, die Drahtpuppe, die dieser

raffinierte „Ehrenmann“ an der Strippe hin und her bewegt. Und — der Geldmann. Denn die Bergwerke, die Maschinen, die Bohnhütten für die Arbeiter — das alles kostete klotziges Geld. Wenn Harding einmal in einem Anfall von Skrupeln seinen Freund und stillen Kompagnon Henry Bartley fragte, wann denn nun endlich „Ausbeute“ käme — so erhielt er stets die lakonische Antwort: „Geduld, lieber Freund! Geduld! Die Aktien steigen. Bald haben wir mehr Geld, als wir brauchen.“

Und Edward Harding, der sein Leben lang, trotz seiner vielen Schwächen, ein ehrlicher, aufständiger Mensch war, glaubte diesen Versicherungen, obgleich ihn ab und zu etwas an Henry Bartley unangenehm berührt und er unwillkürlich manchmal daran denken muß, mit welchem Mißtrauen er ihn beim ersten Sehen betrachtet hat.

Doch der schlaue Bartley weiß diese letzten kleinen Bedenken geschickt einzulullen. Er kennt ja alle Register menschlicher Schwächen und ihre Behandlung.

Evelhne nimmt mit steigender Angst die Veränderung an ihrem Vater wahr. Sie hatte nie Scheinkind nach unermeßlichen Reichtümern. Das, was sie bejaß, war ihr genug. Aber seit Henry Bartley das Kupferbergwerk-Projekt vor dem Vater entwarf, hat ihr Einfluß auf ihn aufgehört.

Nicht, daß er seine Tochter nicht mehr liebt. Im Gegenteil. Um ihr zuwillen zumeist will er reich werden. Damit sie sich in einen Wunsch zu verlagern braucht. Aber er geht nicht mehr wie früher ganz in seiner Tochter

auf. Zuerst kommt das Bergwerk und der Zukunftsreichtum. Dann alles andere. Evelhne wiederum hängt, ihrer sinnigen, tiefen Natur entsprechend, jetzt, da der Vater abgeht und gejagt — sie fühlt es mehr, als daß sie es weiß — unbefriedigt ist, noch mehr an ihm, als früher. Oft, wenn sie die Veränderung in seinem Neuhern wahrnimmt, wenn der unfähige Blick seiner Augen, seine hastigen Bewegungen sie erschrecken — steigt die Angst in ihr auf, wie das wohl werden soll. Und sie ist Henry Bartley, dem Urheber all dieses nervösen Durcheinanders, gram, obgleich er nie verfehlt, sich bei ihr ins rechte Licht zu stellen und auch der Vater noch immer sein Loblied in allen Tonarten singt.

Auch heute wieder ist Edward Harding mit seiner Tochter von Newyork nach Coney Island gejagt, weil ihn die Unruhe hertrieb. In letzter Zeit sind beängstigende Zweifel in ihm aufgefliegen, zumal er bereits von Wucherern Geld aufnehmen mußte für die letzte Vorkaufszahlung der Arbeiter.

Denn Ausbeute kam nicht. Und die Aktien, diese verfluchten Aktien, bringen noch immer nichts ein.

Als er vorher mit seiner Tochter im Auto dabetgefahren kam, begegnete er verschiedenen seiner Arbeiter, die ihn nichts wertiger als freundlich ansehen. Die meisten grüßten gar nicht. Und die es taten, zogen hämische Gesichter.

Da stimmt etwas nicht. Wenn nur erst Henry Bartley da wäre! Der muß ihm jetzt reinen Wein einsehen! Er läßt sich nicht mehr hinhalten. Auf keinen Fall!

Und Edward Harding redt seinen merklich einseitigen Körper hoch und markiert etwas von Energie und Willenskraft. Gegen Abend jedoch, als die Schatten der Dämmerung sich herabzulassen beginnen und die grotesken Umrisse der Bergbauten und Schutthäufen aus der Ferne zu der anheimelnden Stille seiner Cottage herüberglöhen — da packt ihn aufs neue das Fieber. Und er hüllt sich in seinen Pelz — James ist jetzt für ihn auch ein überwundener Standpunkt — und macht einen „Inspektionsgang“.

Voll Unruhe läßt Evelhne ihn gehen.

Sie kennt diese neuerlichen abendlichen Spaziergänge ihres Vaters, von denen er stets noch nervöser und gereizter heimkehrt.

Sie wollte eigentlich heute nach Rinne Wood hinüberfahren. Schon seit mehreren Wochen ist sie nicht dort gewesen. Es ist, als ob sich ein Schatten auf das innige Freundschaftsverhältnis zwischen ihr und den beiden alten Leuten gelegt hätte. Als sie Theodor Vanderbild noch nicht persönlich kannte und stets nur das Schicksal von ihm hörte, bedauerte sie den armen Vater. Als sie Theodor dann damals bei den Morgans begegnete, änderte sich bereits ihre Meinung über den „verlorenen Sohn“. Und nach dem unvergeßlichen Spazierritt im Zentralpark, an dem er ihr seine Liebe gestand und diese Liebe in ihrem Herzen ein echtes Echo fand — seitdem ist sie dem alten Vanderbild fast aram wegen seiner Güte dem einzigen Sohn gegenüber.

(Fortsetzung folgt.)

Rehl des Bad. Landbundes beschließt der Landtag (konform mit dem Ausschuss):

1. die Resolution, betreffend Pachtpreise bei Grasversteigerungen durch die Regierungserklärung für erledigt zu erklären, 2. bezüglich der Resolution, betreffs Bezug der Landbundorganisation bei Beratungen gemeinwirtschaftlicher Angelegenheiten, Uebergang zur Tagesordnung,

3. die Resolution, betr. Tabakzoll, der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, 4. die Resolution, betr. Steuerfragen, der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Weiter kommt zur Verhandlung der Bericht des Rechtspflegeauschusses über das Gesetz des Verbandes badischer Fürsorgetinnen, Verwaltungsexamen für staatlich geprüfte Sozialbeamtinnen. Der Ausschuss beantragt, das Gesetz durch die zur Kurzen Anfrage der Abg. Fischer (Karlsruhe) u. Gen., die Obersekretärprüfung durch die Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtsprüferinnen betr., erfolgte Regierungserklärung vom 3. 2. 1921 für erledigt zu erklären. Dieser Antrag des Ausschusses wird mit allen Stimmen, bei 2 Enthaltungen angenommen.

Dann berichtet Abg. Ziegelmeyer-Oberkirch (Str.) über die Verhandlungen des Rechtspflegeauschusses, betr. das Gesetz des Verwaltungsrates der Fürsorgekassen für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte, die Dienstverhältnisse des Vorsitzenden des Verwaltungsrats, betr. Bedenken gegen das Gesetz, bestehen hauptsächlich in der Richtung, daß seine Durchführung eine Durchbrechung des Besoldungsgesetzes bedeute. Der Ausschuss stellte den Antrag:

1. Jiff. 1 des Gesetzes der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen,

2. Jiff. 2 und 3 durch die Regierungserklärung für erledigt zu erklären.

Der Antrag des Ausschusses findet im Landtag einstimmige Annahme.

Abg. Wiedemann (Str.) berichtet dann über die Verhandlungen des Rechtspflegeauschusses über die Gesetze: a) der Ortsgruppen Baden-Baden u. a., der oberheiniischen Gruppe des deutschen Bundes der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise und b) des Vereins gegen Impfwang in Forstheim, betr. Handhabung des Impfgesetzes. Es handelt sich für die Gesuchsteller um Befreiung der Impfgeldern. Von anderer Seite, auch von der Regierung, wurde auf die gute Wirkung der Impfung hingewiesen; wenn der Zwang dazu beseitigt würde, so würden die Kosten erheblich größere Verbreitung finden. Der Rechtspflegeauschuss war der Meinung, die Regierung sollte von den Gesuchen immerhin Kenntnis nehmen und sie prüfen und stelle in diesem Sinne seinen Antrag, der auch vom Landtag einstimmig angenommen wurde.

Zu dem Gesuch des Polizeibeamtendenverbandes Baden auf Schaffung eines Unfallfürsorgegesetzes beantragt der Rechtspflegeauschuss durch seinen Berichterstatter Abg. Weikmann (Soz.) Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme; der Antrag wird vom Landtag gegen 1 (komm.) Stimme angenommen.

Es folgt die Beratung des Berichtes des Haushaltsauschusses betr. die Denkschrift der obersten Forstbehörde über die

Laubstreuung in den Gemeinbewaldungen.

Berichterstatter ist Abg. Seubert (Str.): Das Drängen auf Laubstreu ist durch die Notlage der Landwirtschaft in allen Landesteilen wieder härter geworden. Die Regierung hat darüber eine Denkschrift ausgearbeitet und die Forstverwaltung hat aufgrund der Verhandlungen des Haushaltsauschusses eine entgegenkommende Verfügung erlassen. Es gilt jetzt die Landwirtschaft aufzuklären, auch über die Ersatzmittel für Laubstreuen (Torfstreu u. a.). Der Antrag des Ausschusses geht dahin:

1. mit Rücksicht auf die gerade jetzt herrschende große Streunot durch baldige Anordnung den streubedürftigen Landwirten bis zur Ernte 1921 Reststreu im weitestem Umfang zur Verfügung zu stellen;

2. auch künftig in Notjahren die Abgabe von Reststreu aus 8 bis 10 Jahre geschonten Beständen der Staats- und Gemeinbewaldungen zu gestatten;

3. künftig im Staatsboranschlag zur Einfuhrung von Torfstreu in Kleinbäuer-

sichen Betrieben einen angemessenen Beitrag einzustellen.

Finanzminister Dr. Köhler gibt der Meinung Ausdruck, daß die heutigen Beschlässe des Ausschusses in der Zeit langem viel umfährteren Laubstreufrage einer ruhigeren Betrachtung Bahn schaffen könnten. Die Worte: bis zur Ernte 1921 sollen in der Praxis so ausgelegt werden: bis zur möglichen Ausnützung der Ernte. Der Erlaß der Forstverwaltung wird auch durchgeführt werden; es darf da keine Disziplinlosigkeit geben. Die Forstbehörden haben in den letzten Jahren vorbildliche Arbeit geleistet. Den weiteren Antrag betr. die Ueberweisung umweltschutzgebiete, wird die Regierung entgegenkommend behandeln. Es ist zu hoffen, daß die Annahme der Gesuchsanträge durch den Landtag zur Beruhigung beitragen.

Abg. Ziegelmeyer-Langenbrücken (Str.) ist erfreut über die Ausführungen des Finanzministers. Man habe allerdings draußen im Lande den Eindruck, es werde im Landtag wohl gesprochen, aber nachher nicht gehandelt. Die Wälder bei Schwesingen, die der Haushaltungsausschuss besucht habe, seien nicht das richtige Gebiet gewesen, man hätte die Gardt, das Albtal und das Oberland besuchen sollen; da seien die Waldschäden durch die Streunutzung bei weitem nicht so groß, wie in den Wäldern mit der Bodenbeschaffenheit des Schwesinger Gebietes. Die Gemeinden wissen wohl, daß sie ihre Wälder schonen müssen, aber „Not bricht Eisen“. Es sollte wieder werden wie vor dem Kriege, der Staat ist verpflichtet, die Landwirtschaft in der Not zu unterstützen. Noch nie war ein solcher Sitz wegen dieser Frage. (Weifall.)

Abg. Kurz (Soz.) will nicht gegen die Laubstreuung sprechen, betont aber die großen Schäden im Wald durch diese Nutzung; die Leute nehmen nicht nur Laubstreuen, sondern auch Humus, und nicht nur Bauern holen Laubstreuen, die nur diesen gewährt werden sollte. Im übrigen sollte die Regierung den Bauern mit Stroh und Torfstreu „unter die Arme greifen“. (Große Heiterkeit.)

Abg. Gähler (Komm.): Die Streunot ist eine Tatsache; besser ist aber den Bauern mit Torfstreu gebietet; die Summe, die die Regierung dafür ausgeben will, darf aber nicht zu klein sein.

Abg. Kläiber (Landb.) meint, Stroh sei ein viel besserer Dünger als Laubstreue. Beim Anblick der Wälder bei Schwesingen habe er allerdings spontan geäußert: Wer in diesen Wäldern noch Laubstreue hole oder abgebe, sei ein kühner Verbrecher! Wenn der Wald kaputt ist, wird auch die Landwirtschaft schwer geschädigt; in solchen Wäldern muß Halt gemacht werden mit der Laubstreue. Anders ist es, wo es kein anderes Streumittel gibt. Staatliche Mittel zur Beschaffung von Streu-Erzeugnissen müssen zur Verfügung gestellt werden; den Erfolg mit Torfstreu wird man dann in einigen Jahren schon sehen.

Abg. Brigner (Vla. Bn.) erklärt u. a., es müsse Ordnung hergestellt werden und nur, die sollen Streu bekommen, die ihrer auch bedürftig sind.

Abg. Hügle (Dem.) ist der Auffassung, daß der Gesuchsantrag eine brauchbare Grundlage geschaffen hat für die Baharstellung aller Interessen und daß die Laubstreufrage später nicht mehr die Rolle spielen werde wie bisher. Die Forstverwaltung möge weitgehend entgegenkommen.

Abg. Engelhard (Str.) ist durch die Erklärung des Finanzministers einigermaßen befriedigt, erwartet aber, daß die Regierungserklärungen und -Erlasse auch loyal durchgeführt werden. Die Frage der Laubstreue hat eine bestimmte wirtschaftliche (sogar politische) Bedeutung; die kleinen Landwirte und ein Teil der Arbeiterkraft brauchen Laubstreuen und für diese bedürftigen müssen wir eintreten. Der Wald darf im Interesse der Gemeinden nicht zugrunde gerichtet werden, aber bei vernünftiger Streunutzung gibt es keinen Schaden, wie man sich im Schwarzwald überzeugen kann. Wenn die Verfügungen der Regierung nicht loyal durchgeführt werden, dann werden wir wieder kommen mit dieser Frage. (Weifall.)

Abg. Friedel (Str.) spricht über die Ersatzmittel. Sägemehl z. B. taugt nichts. Wir müssen Laubstreue oder Stroh haben für unsere Wälder; es kommt auf die Boden-

beschaffenheit an. Redner hat Vertrauen zu der Erklärung des Herrn Finanzministers.

Nach einem kurzen Schlusswort des Berichterstatters Abg. Seubert, der für die Regierungserklärung dankt, wird der (oben stizierter) Antrag des Haushaltsauschusses vom Landtag einstimmig angenommen.

Vizepräsident Maier gibt noch neue Eingänge bekannt.

Abg. Seubert (Str.) berichtet alshann über die Haushaltsauschussberatung, betr. den Wiederaufbau der durch Brand zerstörten Forstwirtschaftshäuser in Blajwaid, Büntengraben und in Marzell. Der Landtag genehmigt einstimmig den Bau und die Baukosten (87 000 Mk.).

Zum Schluss kommt noch zur Verhandlung der Antrag des Haushaltsauschusses zu dem Antrag des Staatsministeriums, betr. das ehemalige Garnisonlazarett Karlsruhe. Der Antrag lautet: Der Landtag möge genehmigen, 1. daß das ehemalige Garnisonlazarett Karlsruhe zu Wohnzwecken umgebaut, 2. daß mit dem Bau sofort begonnen und über die im 2. Nachtrag zum Staatsboranschlag für die Jahre 1924 und 1925 anzufordernden Baukosten in Höhe von 155 000 Mark im Voraus verfügt wird.

Berichterstatter ist Abg. Seubert (Str.). In der Debatte erklärt Abg. Dr. Schöfer (Str.): Nach der Militärkonvention solle das Haus wieder an den früheren Eigentümer, den badischen Staat, zurück. Der badische Staat muß in dieser Sache reiflich zum Ziele kommen.

Abg. Marum (Soz.) unterstützt die Erklärung des Abg. Dr. Schöfer.

Abg. Kläiber (Landb.): Seine Fraktion wird gegen den Antrag stimmen, wegen der hohen Kosten, die nicht angebracht seien für den Bau von Wohnungen, die später, bei freier Wohnungswirtschaft, doch wieder verlassen werden.

Finanzminister Dr. Köhler begreift das; die Wohnungen dort seien keine Wohnwohnungen, sondern sehr angenehm, und Beamte der oberen Gehaltsgruppen hätten sich schon dafür angemeldet. Gegen Kläiber spricht kurz auch Abg. Dr. Engler (Soz.).

In der Abstimmung wird hierauf der Antrag des Ausschusses gegen die Stimmen des Landbundes, bei einer Enthaltung, angenommen.

Zum Schluss werden noch eine Reihe von Gesuchen und Besuchen gemäß den Gesuchsanträgen erledigt.

Den Termin zur nächsten Sitzung des Landtags wird der Präsident bestimmen.

Seine nachmittags besucht der Landtag die politische Ausstellung und morgen (Freitag) fährt eine größere Zahl von Abgeordneten nach Stuttgart auf Einladung zum Besuch der landwirtschaftlichen Ausstellung dort.

Der Landtag in der Polizeitechnischen Ausstellung.

Der badische Landtag hat gestern mittag die Internationale Polizeitechnische Ausstellung besucht. In der Halle der ausländischen Staaten fand eine offizielle Begrüßung statt. Nachdem die Vereinigung badischer Polizeimuster dem Guldigungsmarsch von Krieg gespielt hatte, ergriff der Minister des Innern, Kemmle, das Wort und hieß die Mitglieder des badischen Landtages in der Ausstellung auf das herzlichste willkommen. Landtagspräsident Dr. Baumgartner sprach dem Minister sowie dessen Mitarbeitern den Dank im Namen der badischen Volksvertretung aus.

Deutsches Reich. Die Umgebung des Reichspräsidenten.

In der „Deutsche Treue“, dem Organ des „Nationalverbandes deutscher Offiziere“, (Nr. 15 vom 30. Mai), lesen wir folgende interessante Ausführungen:

„Weider befindet sich Herr Dr. Meißner immer noch in seiner Stellung, ja, er hat seine Position in den letzten 14 Tagen erheblich gefestigt, indem es ihm gelungen ist, mit Hilfe des Reichsfanzlers den Oberstleutnant v. Feldmann, einen hoch-

verdienten Offizier und streng nationalen Mann, unter dem Vorwand, daß für seine Stelle im Etat keine Mittel vorgeesehen seien, aus der Umgebung des Reichspräsidenten zu beseitigen. Herr v. Feldmann, der seit Jahren im politischen Leben tätig ist und einen scharfen, klaren Blick für Gegenwarts- und Zukunftsfragen hat, hatte dem Reichspräsidenten während der Wahlperiode zur Seite gestanden und war mit nach Berlin übergesiedelt. Er sah sich gezwungen, innerhalb kürzester Zeit seine Stellung aufzugeben und abzureisen.“

Diese interessante Mitteilung, für die wir der genannten Zeitschrift die Verantwortung überlassen müssen, verdient weitesten Kreisen unterbreitet zu werden.

Mehreres wird dadurch klar bewiesen. Einmal, daß der sog. Nationalverband deutscher Offiziere nach der Wahl Hindenburgs sich nicht mehr scheut, mit seinen Rebenregierungsgehilfen hinter dem Berg zu halten; offen und ungeniert werden dem ersten Beamten des Reiches politische Vorkalkulationen gemacht. Dann drängt sich dem Beobachter unterer Zeitläufte ein Vergleich auf, den wir zu der Frage formulieren: Wie hätte man das früher oder bei einer Wahl Marz' in allen Reichsblättern abgelehnt, wenn die Zentrumspresse z. B. konstatiert hätte, daß eine Persönlichkeit aus der Umgebung Marz' nicht ins Reichspräsidentium übernommen worden sei? Dazu noch, wenn im Etat gar keine Stelle vorgebehalten ist? Aus allen Ecken wäre dann aus entriekteten „deutschen“ Männerherzen der Schrei gegen eine solche Partei- und Klientenwirtschaft erklingen; auch mit dem eifigen Vorwurf der Futterkrippe hätte man nicht gespart, nur um unser öffentliches Leben zu verärfeln. Wir vergeten als ehrliche Demokraten nach erfolgter Wahl nicht Gleiches mit Gleichem, werden aber in Zukunft nicht verfehlen, auf diese Sünden immer wieder hinzuweisen, um eine Rückkehr in diese unehrenhaften Methoden zu erschweren.

Der Weg zur Freiheit.

Aus dem Inhalt der Juni-Nummer des Mitteilungsblattes des Arbeitsauschusses deutscher Verbände „Der Weg zur Freiheit“ ist der Aufsatz über das Buch „La victoire“ von Alfred Joffre Luce, dessen deutsche Uebersetzung einer Tage im Verlage der Frankfurter Societätsdruckerei erschienen ist, von besonderer Bedeutung gegen die Kriegsschuldfrage. Joffre Luce vertritt über ganz persönliche Beziehungen zur französischen Finanzwelt und Diplomatie die ihm dabei eine genau Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Frankreichs ermöglichen. Bei der Beurteilung der Verantwortlichkeit an dem Kriegsausbruch kommt er zu dem Ergebnis, daß die Politik des Dreierbundes diesen unvermeidlich machte. Sein Buch zeichnet sich durch eine scharfe Kritik in der Beurteilung der europäischen Vorkriegspolitik der Entente aus. Das Mitteilungsblatt weist außerdem u. a. auf interessante Einzelheiten der vom 22. bis 28. Juni 1921 in Stuttgart stattfindenden Ausstellung über die Kriegsschuldfrage hin. Es enthält ferner eine wertvolle Wiedergabe der am 20. Mai im Reichstage gehaltenen Kriegsschuldrede des Präsidenten des Arbeitsauschusses deutscher Verbände, Gouverneur z. D. D. Schnee und berichtet endlich über die Kriegsschulddebatte im Senat der Vereinigten Staaten, sowie die vom Weltbund für Freundschaffsarbeit der Kirchen ergriffene Initiative zwecks Untersuchung der Kriegsschuld. Unter den Buchbesprechungen sei vor allem auf die Literatur anlässlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande aufmerksam gemacht.

Frei von Unruh: „Heinrich aus Andernach“.

Ausführung im Kölner Schauspielhaus.

Nicht jedermanns, besonders nicht eines Dichters Sache ist es, auf Bestellung ein Festspiel zu schreiben; denn das Spiel hat dem Fest unterwürdig zu sein, oft genug wird das Fest durch das Spiel erst das, was es sein soll, und schließlich sind sogar die Behörden über feste und ihr Datum nicht immer einig, wie weniger dann die Poeten. Unruh schrieb trotz dieser Einsicht, der er in der Einleitungsjahre mit unerbittlicher Ironie Ausdruck gibt, das Fest- und Weibspiel für die Jahrtausendfeier der Rheinlande, und er schrieb so, daß er es umging. Seine außerordentliche Kunst des Wortes, auf dem er balanciert, was er will, sein nationales Bewußtsein und stilles Ethos, und vor allem die Fähigkeit, Wort und Ethos zu beschränken, haben ihm die Kühnheit, den Stolz und die Sicherheit zum Werk gegeben. Denn Ethos macht geschwätzig, Wortlustig befreit zu Aktivismus, aber Unruhs künstlerische Kraft beweist sich nach außen vor allem in einer bewundernswerten Augen Zucht, in einer preußischen Disziplin des Geistes. Wohl knarrt das Tor, das er uns in seinem neuen Spiel öffnet, das Inventar des Friedens, wie es einmal genannt wird, hier und da noch in den Angeln spitzindiger, nicht immer geschmeidiger Dialekt; doch das Tor ist aufgeschloßen und bleibt weit offen stehen.

Zum Inhalt. Da treffen sich zu nächster Stunde auf einer Wiege am Rhein fünf Männer, verschieden an Stand und Partei: ein Schauspieler, ein Goldschmied, ein Kaufmann, ein Wermeister, ein Friseur. Sie wollen ein Festspiel aufführen, eben das Spiel, was der Dichter zu schreiben hat, und warten nach auf Heinrich aus Andernach. Demselben sind sie mit Kräften uneinig untereinander. Der eine will

symbolisieren zum mindesten den Geist Karls des Großen, es muß mächtig aussehen; der blinde Karl verlangt nach einer Randolphin, er will in seinen Fingern der Geschichte, dagegen wieder hält der Friseur Konrad es für besser, irgendeine Kasperpatrouille ins Wasser zu werfen statt Theater zu machen. Der Schauspieler Schmidt hat Wäcker aus der Bonner Bibliothek herbeigeschleppt, um daraus die passende Historie zu wählen. Natürlich gefällt diese Historie von Heinrich dem Vogler und wie er den Herzog Geiselbrecht von Lotharingen zum Deutschen Reich überredete, dem teutonischen Jüngling Konrad nicht, und so geht weiter. Auch Otto, der Demokrat, macht solche Romantik nicht mit, es fallen Worte wie „Mnasterpod, Sozialist, künstliches Fest, totes Vieh, auf das giftige wird sich bespielen. Im übrigen ist dieses Einleitungskapitel eine recht hübsche Satire auf die bei Deutschen übliche Einigkeit.

Heinrich, der Winger, und Heinrichs Gattin, Mathilde, erscheinen; um sie geschart, Mädchen, Burgen und Männer. Heinrich ist in wilder Aufregung, wie Gestöhn eines Tieres klingt sein Wort. Einer mit einem roten Käppi hat ihn gepöbeln, mit der Gerte durchs Gesicht, und diesen einen verbergen und jähigen die Mädchen. Die Für und Wiber stregen zwischen den Parteien, von Mann zu Frau, von Mädchen zu Burgen. „Zu der Blutzappe holen wir dir den Kopf, dem sie paßt“, schreien die Männer, und Mathilde gibt zur Antwort: „Einer war, der wunderrot in der Gefelung stand — Heinrich! Aber weiß er nur noch tiefer liegen, werden seine Marterscheiden durch die Welt getragen und geküßt.“ In Heinrichs Brust heit der Kampf an, bald aufgebend, jedes gute Gefühl überflutend, bald verbrennend, jagend, unvorsichtig. Der Begriff von der Freiheit fällt aber was dem einen Freiheit, ist dem anderen Zwang. Unruh des hat der blinde Heinrichs Kind, seinen Sohn, aus dem Betischen gerissen. Er bringt ihn her-

bei, daß er zeugen soll gegen den Geist des Vaters. Und er tut's in einem kindlichen, von reiner Sehnsucht glänzenden Traum, die Reitsche hält er dabei im Arm, als sei sie harmlos Spielzeug. Dem kommenden Geschlechte der Zukunft stellt sich im schwarz. Scheitersturm die Vergangenheit in Gestalt von Heinrichs Mutter gegenüber und erinnert den Sohn den neuem an die Schande. Wieder löst in den Männern der Brand der Rache auf, schon werfen sie Steine, den Reitscher zu steinigen, da steigt aus dem Wassengrab aller Notionen der unbekannte Soldat auf. Der blinde hat ihn ausgegraben. Gefügiger taßt das Zwiesgespräch, aber die Worte wanken, wie laut sie auch tönen. Die Mutter nimmt den Schuldigen hinweg. Damit ist die Reitsche geschlagen, und Heinrich selbst sagt es: „Ja, die Reitsche in uns allen ist die Reitsche unserer Not!“ Als neuen Nibelungenhort, als der Wahrheit Hort, begeben sie in feierlichem Zug den unbekanntem Soldaten im Rhein. Der neue Hüter des Stromes — Das Spiel ist aus, und die Männer denken nicht mehr ans Spiel der Könige. „Was sie erlehnten nur, lebt noch in uns und wirkt dort in der Spur der Sünden, Ermachten! Da haust es seine neuen Reiche auf!“ Sie nehmen die Steine und schichten sie auf zur Siedelung des Friedens.

Symbolhaft ist wohl das Ganze geschrieben, manchmal scheint die Handlung etwas in Unklarheit zu erschaffen, aber das bei Unruh körperliche Wort reißt dann weiter. Auch das Heinrich von vornherein einen Stolz ins Philosophische, ein einmal banal, aber deutlich zu jagend, ins Romantische hat (er wird den Spägen et Traktat über den „Ewigen Frieden“ verabschieden), will nicht ganz gefallen. Oder soll damit das Deutsche in ihm gekennzeichnet sein? Trotzdem... Schön und ganz ist das Verhältnis zwischen Mann und Frau charakterisiert, was wohl, wenn dem Motto zu trauen ist, die erste Inspiration zu dem Stoffe war. Viele Nach-

denklichkeiten finden sich noch in dem Spiel, Sätze, die plötzlich aufleuchten wie ein Sternchenhimmel, und die vielleicht auch so tief wie geheimnisvoll sind. Es läßt sich das beim ersten Mal nicht ausschöpfen, kaum andeuten.

Gustav Hartung hat es inszeniert, noch einmal in Köln. Hartung und Unruh geföhren gemießermaßen zusammen: Sie haben beide einen fahharten Mythos, der einen im Esinnern, der andere im Ausprechen des Wortes. So hat Hartung das Werk seines geistigen Freundes zu einer Feier und Weihe erhoben, die ersühnender und hinreichend war. Karl Ebert (vom Staatstheater Berlin) spielte die Titelrolle mit gemessener Leidenschaft und Zucht, ohne daß je das Geistige oder gar Tendenzloses durchbrach. Elisabeth Lennarz war in gleicher Weise die besänftigende Gattin als auch das im mitterlichen Kosmos empfindende Weib. Stürmischer Applaus wurde Dichter und Regisseur zuteil. Sp.

Aus der Bühnenwelt.

Walter Kirchhoff am Metropoltheater in Berlin. Kammerjänger Walter Kirchhoff ist die für die jetzigeit von Robert Philipp kreierte Rolle des Ange Pitou in „Mamfell Angot“ am Metropol-Theater von Direktor Friedmann-Fredrich, verpflichtet worden. In der Titelrolle erscheint Claire Dug.

Albert Baffermann wird während seines Wiener Herbstgastspiels am Volkstheater Pirandellos „Heinrich IV.“ freieren.

Der erste Heldentenor der Wiener Staatsoper, Richard Schubert, wird während seines kontrastischen Urlaubs an der Berliner Staatsoper gastieren.

Der Tenor Abramowicz vom Wiener Straußtheater wird in der nächsten Saison am Berliner „Großen Schauspielhaus“ tätig sein.



In die Vaterland der Rhein... (Vertical text on the right edge of the page, partially cut off).

Hinaus in die Welt!

Wöchentliche Reise- und Wander-Beilage.

Köln.

In diesen Tagen, wo im ganzen deutschen Vaterland der tausendjährigen Verbundenheit der Rheinlande mit dem Reich gedacht wird, da ist es wieder angebracht, einen Blick auf die Stadt zu werfen, die von jeher als die Metropole am Rhein galt und die auch für die Zukunft berufen ist. Vorbild und Führerin im Kreise der rheinischen Städte zu sein. „Köln ist als schönste Stadt bekannt, die es je gab im deutschen Land“, so heißt es schon im „Lied von der Rheinbrücke“, so heißt es noch heute. Wer je auf der Rheinbrücke stand und die Augen auf das vieltürmige und zinnengetränkte Stadtbild schweifen läßt, vorüber an dem engbrüstigen Häusergewirr, das sich den Rhein entlang zieht, hinauf an dem reichgegliederten Bergungssturm von St. Martin bis hin zu dem stolz aufwachsenden Dom, dessen Fialen vielschichtig oben im Glanz der Sonne purpurn leuchten, der ist tief in der Seele von dem mächtigen Erlebnis dieser Schau gepackt. Hunderte von Kirchen und Kapellen scheinen zu winken, und dazu rauscht der Strom seine ununterbrechlich schöne Melodie, weiß und rot getragene Dampfer ziehen ihre Bahn und die Menschen auf ihnen sind lustig und froh gestimmt, als ob während ein Sonntagsmorgen in ihren Herzen wohnte. Dazwischen gleiten die Schlepper mit ihren Kohlenfrachten, und die bedächtigen Schiffe vom Niederrhein niden dem heiteren Volkston mit breitem Schalen zu, selber angeleitet von jodeln Freude und Liebesmut. Ja, am Rhein! Es gibt viele schöne Flecken in dem Lande, wo die deutsche Sprache klingt, sie haben alle ihre Schönheit und eigenen Reize. Aber nirgendwo liegt die Schönheit so offen zu Tage, wie am deutschen Strom des Westens! Du brauchst nur zu schauen, nur zu greifen, nur zu atmen, und trunken bist du von dem, was du geschaut, berührt und geatmet hast. Die Luft ist freier, die Berge sind troziger und die Städte selbstbewußter.

Am Eifelsteintor steht im mannbarsten Selbstbewußtsein der Kölner Bauer und darunter markant der Spruch: „Galt sah, do kölscher Boor, blic beim Rich, et fall iss on for.“ Oft sind im Lauf der Geschichte an die Stadt die Versuchungen herangetreten, aber immer ist sie mehr als standhaft gewesen, immer hat sie auf ihr Deutschtum gepoht und die deutsche Kultur in Ehren gehalten. Wohl sind italienische und französische Einflüsse bestimmend gewesen, aber was das zum Schaben für die Nation? Vom Rhein aus drang ganz besonders die romantische Kunst erst in die deutschen Lande vor und machte das Bewußtsein einer einheitlichen Kultur. Und der Dom, mag er ursprünglich nach westlichem Muster entworfen sein, ist er nicht zum deutschen Gotteshaus geworden? Gerade im Rheinland ist die deutsche Seele in ihrer Vielfältigkeit aufgeschlossen, in ihrer bunten Mannigfaltigkeit entdeckt worden. In den Straßen Kölns sind noch alle Jahrhunderte lebendig, nicht in Stille, nein, in engverzweifter Tradition. Gassen und Winkel gibt es, die einen in Zeiten versetzen, von denen man sonst nur träumt. Bis ins Zeitalter der Römer reichen die Erinerungen, und das mittelalterliche Köln ist fast ganz noch in seinem reichen unruhigen Leben zu finden. Diese romantischen und gotischen Bauwerke sind firsamer Weise begnadeter Kunst. Sie sind nicht immer regelmäßig und stilschön, ja, die ansprechendsten sind die des Übergangsstils, aber was erzählen sie nicht all von Erlebnis und Kraft und Können! Was müssen das für naive und ursprüngliche Menschen gewesen sein, die derartige erdachten und schufen. Sie fragten nicht danach, ob sie das Werk vollenden, sie gehen sich dem Werk hin in Arbeit und Opferung, mochte auch erst die Generation des Sohnes oder Enkels den letzten Schlag tun. Das war Lebens- und Weltgemeinschaft auf dem natürlichen Grunde der Heimat, und darum war diese Gemeinschaft auch von dem vollen Strom einer Kultur durchdrängt, in dem die paar fremden Tropfen untergingen, wie ein Bach im Fluß und ein Fluß im Meer.

Köln! So nannte man einst die freie Handelsstadt am Rhein, den mächtigen Stapelplatz — und in diesem zweifelhafte Namen ist besser als in dem herb unwilligen der späteren Zeit der gemüthliche und warme Charakter der Bewohner gekennzeichnet. Denn der Kölner konnte es sich immer leisten, idyllisch und gemütlich zu sein. Sein Wohlstand war sprichwörtlich, seine Religion war niemals feierlich, sie war immer innig, so warm und nicht zuletzt: die kölnischen Mädchen und Frauen sind auch heute noch den Madonnen und Madonnenchen, wie sie die Kölner Meister im Mittelalter malten, ähnlich. So liebte der Kölner keine grüßliche Problematik, und auch heute ergötzt er sich auf der Bühne an einer Komödie eher, als daß er sich dem Ernst einer Tragödie hingibt; er ist auch sein Freund vom Philosophieren und Spitzfinden, wiewohl er nicht so feilt wie der Westfale auf dem Boden der Wirklichkeit steht; ein hübsches Schein und Romantik muß halt seine Sache bekommen, ihr Leichtigkeit und Ungefährlichkeit geben. Darum packt er doch herzhaft zu. Nun müßte man eigentlich erzählen viel Einzelnes von der Architektur, Plastik und Malerei, beginnen müßte man sogar bei Marianna der Jüngeren, die vor bald zweitausend Jahren am linken Rheinufer Colonia gründete, nicht vergessen dürfte man Burgmauer und Ulfenpforte, Sahnenator und Seberintor, und was es da alles an Legenden und Märchen, an Dichtung und Wahrheit gibt. Es wäre zuviel des Guten — und dann das Rheinland und mit ihm die „hübsche Stadt, das deutsche Rom“ erwartet Gäste, die selber erleben und schauen wollen.

Aber noch ein Wort dem gegenwärtigen und zukünftigen Köln. Seit vor einem guten Men-

schalter die mittelalterliche Stadtmauer fiel, ist allmählich ein anderer Geist eingezogen, nicht etwa ein zweiter, aber doch ein anderer gearteter. Die Industrie setzte sich fest, besonders in den Vororten, und das Zentrum ist nur noch ein kleiner, fechtbarer Kern. Umrauscht von Schloten, umgürtet von industriellen und chemischen Anlagen, ist die Stadt auf dem Wege, sich zu einer großen Industriemetropole zu entwickeln. Seitdem vor einem Jahre auch eine Kölner Messe geschaffen wurde als rheinisch-westfälischer Markt, in Zukunft sogar gedacht als Austausch zwischen Deutschland und dem westlichen Europa, ist auch der Handel wieder mehr an den Rhein gezogen. Allmählich verändert sich das Stadtbild zusehends. Das erliche Hochhaus in Europa wird jetzt in Köln gebaut, zwei weitere in riesenhafter Anlage an den beiden Rheinbrücken sind geplant und werden demnächst in Angriff genommen. Ein Grüngürtel umschließt die Stadt, er soll gleichsam die Lunge bleiben, wenn die Steinbauten die Luft stickiger machen. 1918 fiel der Kranz von Festungen, und von da ab wurde und wird feherhaft an der Entwicklung zu einer Struktur, die in gleicher Weise die industriellen Interessen, wie aber auch die hygienischen einer gesunden Wohnkultur berücksichtigt, gearbeitet. In allen Ecken wachsen Siedlungen hoch, modern eingerichtet und in Grün gebettet. Vorgärten und Gärten werden gepflanzt, die Natur und damit der Mensch kommen zu ihrem Recht. Gleichzeitig werden neue elektrische Verbindungen angelegt; denn der Verkehr, das Schnelle von Ort zu Ort, zur Arbeitsstelle und nach Hause, ist eines der wichtigsten Probleme der Großstadt. Sportplätze und Stadion sind nach allerbesten Mustern eingerichtet; Grünpolitik und Siedlungspolitik sind zwei Faktoren, deren Bedeutung in Köln erkannt ist. Nördlich der eigentlichen Stadt, auf der linken Rheinseite, zwischen dem rechtsrheinischen Mühlheim und Leberhausen, ist das große Industriegebiet und Arbeitszentrum geplant. Neue Hafenanlagen sind im Werden, und die nächste Generation wird nicht mehr wissen, daß sich ehemals hier weite Exerzierplätze und Kiesgruben ausdehnten. Aber bis dahin ist noch manches zu tun, und wir Gegewärtige leiden etwas unter dem Zwiespalt des jetzigen Zwitwergaltandes. Wir tragen noch in uns die alte Tradition, die uns als die bessere Zeit erachtet, denn mit ihr waren wir am glücklichsten. Cafés und Varietés, Kneipen und all dieser moderne Kramel haben die guten alten Kneipen und Wirtschaften verdrängt, wo man sich bei einem oder einigen Schüttel Kölsch und „halben Hofen“ genüsslich sat. Leberall lönt jetzt Jagdband und die übliche Schrämmelmuß. Man muß schon in Köln etwas Bescheid wissen, um dem Getriebe entgegen zu können. Kleinstadt und Großstadt berühren sich, keine ist ganz. In Berlin, in London ist das großstädtische Wesen ausgeprägt, Verkehr und ganz besonders die Menschen sind entsprechend erzeugen. In Köln herrscht noch jener Snobismus und Getreue vor, der für eine gewisse Epoche des Westens — ob bei Mensch, ob bei Stadt — charakteristisch ist. Doch auch dieser nervöse Zustand geht vorüber und nichts desto weniger ist und bleibt Köln die „crown, hoven allen steden schön“.

Die ehemalige Prämonstratenser-Abtei Himmelspforte als Ferienaufenthalt.

In herrlicher Gegend, nicht ganz zwei Stunden von der Stadt Bazel entfernt, beinahe am oberen südwestlichen Ende der Bahnlinie Bazel-Konstanz, liegt das ansehnliche Dorf Wyhlen, das in Anbetracht seiner großen Bahnanlagen und seines geschätzten Weinbaues, einer gewissen Berühmtheit sich erfreut. Ganz besonders ist es aber die ehemalige Prämonstratenser-Abtei Himmelspforte, die Wyhlen so berühmt gemacht hat. Oberhalb des Dorfes, gleich hinter der Klapperröhre liegen die Gebäulichkeiten dieser legendären Stiftung, porta caeli geheissen. Vor allem ist es das trante Kreuzlein „Maria von Wuchs“, das wie ein treuer Wächter, mit dem schlichten einfachen Turmchen, still grüßend hinhaght in den Ort und in das weite Tal, das die Fremden so anheimelt. Hart daneben steht noch das alte Klostergebäude, ein gut und hübsch eingerichtetes Wohnhaus mit über 30 Zimmern. Im Klosterhof prächtig der Brunnen wie ehemals seine trauliche Weise und erzählt vom emigen Schaffen der Mönche. Durch die Klostermienen, im Schatten der Kannen, eilt geschwätzig das muntere Bächlein, um noch immer, wie schon vor hundert Jahren das Gras und die Blumen der Wiese zu kühlen und dann in der nahen Mühle das träge Rad zu treiben. Als lustiger Geselle ist es stets munter und froher Dinge: denn ewig jung und ewig neu kennt es nicht den Wechsel der Zeiten. Es lockt hinüber zum Neuhaus des Klosters, der im Jahre 1914 als Exerzitenhaus errichtet wurde. Auch er hat viele, der Neuzeit entsprechend gut eingerichtete Zimmer, die den ganzen Sommer über den Gästen zur Verfügung stehen, nebst einem großen, schönen Speisesaal, mit angrenzendem Nebenzimmer, einem zur Andacht stimmenden Saalkapellchen. Das Hauswesen ist die Pflege der Gäste bejorgenden Vorherzige Schwestern aus dem Dominikanerkloster Neustadt. Ein viel und weitgereister Tourist läßt sich über die Himmelspforte also vernehmen:

„Als ich zum erstenmal nach der Himmelspforte kam, dachte mir der Ort sehr idyllisch, malerisch und ehrwürdig. Und als ich zum zweiten und drittenmale die Himmelspforte besuchte, schien es mir immer schöner zu sein, u. wohl wert, all die darauf aufmerksam zu machen, die sich freuen wollen an der Schöne unserer heimatischen Natur! In anmutiger Gegend, umgeben von grünen Matten und schattigen Waldungen, durchschnitten von zwei bequemen

Straßen und einer Anzahl Fußpfade für lohnende Ausflüge, ausgestattet mit entzückenden Aussichtspunkten, sieht sie da, die Himmelspforte, wie ein Schmuckkästlein, inmitten Wyhlens Gemarlung. Schon von den Fenstern des Klosters aus bietet sich den Blicken eine reizvolle Augenweide. Dorf Wyhlen zu Füßen, rechts und links bewaldete, sonst ansteigende Bergeshöhen bilden den Rahmen einer lebensfrohen, malerisch schönen Landschaft: ihr Hintergrund ist einzig schön und monnereich. War ahnt den Lauf des herrlichen Baters Rhein, der in den Tiefen herborren sein grünes Stromkleid vorüberträgt. Sein jenseitiges, schweizerisches Ufergelände erscheint an den ausgedehnten Gipfelmassen des großen Hartwalbes besetzt. Ein frohgeliches Bild, mit dem wechselvollen Farbenpiel der grünlichgelben Pflanzenwelt. Da ruhen lachende Ortschaften mit ihren schlanke, himmelsanstrebenden Türmen, Höfe und Häuser zerstreut bis zu den Bergeshöhen hinauf. Die ganze Umgebung bietet reichlich Gelegenheit zu angenehmen Spaziergängen und lohnende Ausflüge rechts und links des Rheines. Darum auf! Freundlicher Leser, in der Ferienseit, nach der reizenden Himmelspforte zur Kräftigung der abgespannten Nerven und zur Labung der Seele. Laß sie vorüberziehen an dem Geiste, die große Vorzelt, lausche ihrer ergreifenden Erzählung und beherzige ihre ernste Mahnung und deren weise Sprache. Biegt bieleist der Lenz des Lebens schon weit hinter dich, hier in diesem trauten, weifernen Orte voller Anmut, Schönheit, und Zauber, über den die Natur das Hüßhorn ihrer reichsten Gaben ausgeschüttet, hier in dieser so wohlthuenden Abgeschiedenheit laßt das Herz wieder auf und verjüngt sich zu frischer Jugend-schöne.

Zur Tagung des Badischen Verkehrsverbandes in Bad Dürkheim.

Am 20. Juni findet in Bad Dürkheim die diesjährige Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes statt, die sich mit einer Reihe bedeutender Verkehrsfragen zu befassen haben wird. Der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht gibt einen Überblick über die außerordentlich rege Tätigkeit sowohl hinsichtlich der Verkehrsverbände als auch der unermühtlichen Bemühungen zur Verbesserung des Verkehrs im allgemeinen. Die Herausgabe von Verkehrschriften konnte erstmals seit Stabilisierung der allgemeinen Verhältnisse wieder in größerem Umfang aufgenommen werden. Es erschienen ein „Hotelführer 1924“ in 20 000 Exemplaren, ein „mehrfach illustrierter Fastprospekt „Frühling im Badnerland“ in 12 000 Exemplaren, ein „Begleitheft und Hotelführer für das Badnerland 1925“ in 30 000 Exemplaren. Letzterer illustrierter Führer hat in Folge seiner guten Ausstattung und Leberlichkeit und der Angabe der Hotelpreise außerordentlichen Beifall gefunden und sofort nach Erscheinen eine große Nachfrage zur Folge gehabt. Er wird als Hauptwerbsschrift über Baden im In- und Ausland in ausgedehntester Weise verbreitet. Wirkame Werbekaplate, Herbst im Badnerland“, „Wintertage im Schwarzwald“ und „Frühling im Badnerland“ kamen in allen wichtigsten Bahnhöfen Deutschlands und den großen Reise- und Verkehrsverbänden zum Auslag. Eine Werkschrift und zugleich Hotelführer „Wintertage im Schwarzwald“ diente zur Förderung des Winterportes und Winteraufenthaltes im Schwarzwald. Die an die Reise- und Verkehrsverbände gelangende Druckfache „Schnelle Reiseverbindungen nach und durch Baden“ war dazu bestimmt, den Verkehr nach und über Baden zu fördern. Der „Badische Kalender 1925“ erzielte auch bei beträchtlich erhöhter Auflage einen befriedigenden Absatz, die Ausgabe 1926 wird als 10jährige Jubiläumsausgabe des beliebten Kalenders eine besonders gute Ausstattung und ein prachtvolles Titelbild mit Hans Thoma nach einem Gemälde von Professor Bühler erhalten. — Die Zahl der Anregungen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Fahrpläne und der Eisenbahntarife war besonders groß, insbesondere auch aus Kreisen der Mitglieder. Viele Wünsche sind mit Inkrafttreten des Sommerfahrplans verwirklicht worden, der sehr viele wertvolle Verbesserungen brachte. Mehrere bedeutende Fragen fanden jedoch trotz der monatslangen Bemühungen noch keine befriedigende Lösung; so die Vollendung der begünstigten Bahnbauten im Schwarzwald, der Elektrifizierung der badischen Linien, die Einführung der Triebwagen. Als wirksames Mittel zur Belebung des Verkehrs und der Schaffung von größeren Betriebsmitteln für die Reichsbahn wird die Wiedereinführung des Kilometerheftes erachtet. Der Badische Verkehrsverband will sich daher in Verbindung mit den übrigen deutschen Verkehrsorganisationen und sonstiger hierfür in Frage kommender Stellen der Erreichung dieses Zweckes mit allem Nachdruck widmen. Als Fortschritt wird die Einführung von Verwaltungsonderzügen nach beliebigen Reisezielen, die Wiedereinführung der Ermäßigung für Gesellschaftsreisen und die Herabsetzung der für die Veranstaltung von Sonderzügen notwendigen Mindestzahl an Teilnehmern begrüßt, für welche Verbesserungen der Badische Verkehrsverband sich mehrfach bemühte. Zu bedauern ist die eingetretene Erhöhung der Personentarife durch die Baden, als auf den Fremdenverkehr angewiesen wegen seiner großen Entfernungen von den norddeutschen Großstädten ganz besonders betroffen wird.

Die vereinten Bemühungen der deutschen, am Fremdenverkehr interessierten Organisationen und der Körperschaften des Handels, der Industrie weg. Aufhebung des Paß- u. Bismarzwanges im internationalen Verkehr blieben bisher leider erfolglos, auch der angestrebte Grenzverkehr mit dem Elsaß und die Befreiung vom Bismarzwang im Durchgangsverkehr Holland-Schweiz-Italien konnten bisher nicht verwirklicht werden. Das dem Badischen Verkehrsverband als besondere Auf-

teilung angegliederte Badische Reisebüro Zentrale, hatte im Laufe des Jahres mit allen bedeutenden, das Reisebürowesen betreffenden Fragen Befassung. Es wurde versucht, mit den englischen und amerikanischen Reisebüros in engere Fühlung zu kommen. Zwecks Veranstaltung von Gesellschafts- und Affordreisen wurden seitens des Badischen Reisebüros, Zentrale, Vereinbarungen über die Ausgabe von Hotelgutschein zu festen Preisen mit den Hotels abgeschlossen. Schließlich muß noch die erfolgreiche Durchführung eines photographischen Wettbewerbes erwähnt werden, der insgesamt die Einfindung von 2133 Bildern durch 164 Bewerber zur Folge hatte. Insgesamt konnten bei diesem Anlaß 260 gute Bilder über Baden zu Illustrationszwecken erworben werden.

Die Entwicklung des Reiseverkehrs im Jahr 1924 und im Winter 1924/25 war infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse und der allgemeinen Geldknappheit sowie des fernliegens des Auslandes wenig günstig, so daß mehrfache Entschuldigungen wegen der daraus entstehenden Notlage des Fremdenverkehrsgebietes, insbesondere auch hinsichtlich der steuerlicher Sonderbelastung an die zuständigen Stellen gerichtet wurden. Interessantes Zahlenmaterial bietet die dem Geschäftsbericht des Badischen Verkehrsverbandes erhaltene beifolgende Statistik des Fremdenverkehrs in Baden 1924, die die Besucherzahlen der einzelnen Fremdenstädte, Bade- und Kurorte enthält. Der Reiseverkehrsbericht für 1924/25 schließt in den Einnahmen mit 86 000 Mk., in den Ausgaben mit 80 000 Mk. ab und sieht 1925/26 eine nur teilweise gedeckte Ausgabe von 122 000 Mk. vor.

Die an Umfang erheblich zunehmenden Arbeiten und Aufgaben des Badischen Verkehrsverbandes bedingen in absehbarer Zeit einen weiteren Ausbau der Organisation. Die Mittel hierzu müssen jedoch erst gewonnen werden. Der Badische Verkehrsverband richtet deshalb an seine Mitglieder und an alle am Fremdenverkehr interessierten Kreise und nicht zuletzt an die Regierung die Aufforderung, durch vermehrte Unterstützung und Beiträge den weiteren Ausbau der für das badische Wirtschaftsleben bedeutenden gemeinnützigen Tätigkeit des Bad. Verkehrsverbandes zu ermöglichen.

Königshofen im Taubergrund.

Wer kennt in Karlsruhe und Umgegend eigentlich aus eigener Anschauung den Taubergrund? Wer hat einmal in seinen malerischen Weindörfern und Städtchen Einkehr gehalten, Königshofen betreten, das 3. Jt. seiner Messe Tausende und Abertausende versammelt? Wer hat einmal das Schlachtfeld von 1866 aufgesucht, wenn ihm nicht zufällig in Friedenszeiten ein Manöver in die Gegend von Tauberbischofsheim verschlagen hat? Wer kennt die blutigen Stätten, da bei Königshofen sich 1825 die furchtbare Tragödie des Bauernkrieges vollendete?

Wir fürchten, es sind ihrer herzlich wenige und es mag zu ihrer Entschuldigung bieleist nur gesagt werden, daß die Umständlichkeit einer Reise ins „Ginterland“ vielfach der Grund sein mag, wenn man von dem schönen Tauberland nichts weiß. Umso mehr muß es begrüßt werden, daß der Verkehrsverein der Bürgerchaft von Karlsruhe die Gelegenheit gibt, im Eliaug auf dem schnellsten und billigsten Weg nach Königshofen und in das Tauberland zu kommen. Der Teilnehmer wird dabei gleichzeitig feststellen können, daß die Fahrt selbst durch die landschaftlichen Gegenläufe außerordentlich viel Reizvolles bietet. Bald tritt der Zug aus der weiten Ebene ins enge malerische Neckartal ein, wo die Burgen von den grünen Bergen grünen. Gegen Mosbach wird das Tal weiter. Wir durchziehen das Bauland mit seinen stattlichen Dörfern, seinen furchtbaren Höhen und Tälern. Den Höhepunkt sollen natürlich die Festlichkeiten in Königshofen selbst darstellen. Der Name des eigentlichen Leiters, der aus Königshofen stammende Landes-Blonometrar und Landtagsabgeordneter Anton Sad, der sich auf dem Gebiet echter Heimat- und Heimatpflege so große Verdienste erworben hat, bürgt für die Güte dessen, was im Festzug und Festakt geboten wird. Die namhaftesten Vertreter fränkischer Schrifttums werden dort anwesend sein. Eine Festchrift wird der Erinnerung an die Bauernschlacht und Königshofen gewidmet sein.

Der Teilnehmer wird vor allem Gelegenheit haben, die eigenartige Rundart der Ortstranken vom Gau zu studieren und nicht zuletzt sich zu freuen an der herrlichen Farbenpracht der Trachten, die wir hier in Karlsruhe beim Festzug am Heimatsonntag zum ersten Mal wieder seit langer Zeit bewundern konnten.

Daß den Fahrtteilnehmern am Sonntag gleichzeitig die Möglichkeit geboten wird, die alte Reichsstadt Merzgentheim und ihr Bad zu besuchen, ist eine besonders angenehme Zugabe.

Wir zweifeln nach alledem nicht, daß wie zur Fahrt nach Gutach sich auch zur Fahrt „zur schönen Sommerzeit ins Land der Franken“ sich recht viele zusammenfinden werden.

Dr. Friedrich Meck.

Zwischen Feldern.

Eine Berde wolkenweit, Gelbes Korn schlägt leise Wieder geh' ich unruhig Alle Schnuckschreife.

Trunken tauche ich hinein In die Sonnenfäden, Und mir ist, als ob mich still Tote Freunde riefen.

Carlomag Bick.

167
ationalen
für seine
orgehen
eldmar-
den tätig
lich für
en hat
nd der
und wor
lah sich
eit seine
ien.“ —
die wir
ortung
Reifen
bewiesen.
und deut-
denburgs
e ben-
em Berg
dem dem
die Vor-
sch dem
Vergleich
ulierien:
bei einer
n abei-
B. kon-
heit aus
ichspräh-
zu noch,
ergehen
aus ent-
den der
und Mi-
mit dem
tte man
ches Be-
als ebr-
acht nicht
in Zu-
nden im-
ndeffehr
zu er-
unter des
schiffes
reihheit
victore
deutsche
age der
onen ist.
e Kriegs-
er gut.
zöfischen
in dahr
hen und
eichs er-
Verant-
kommt
titit des
achte.
e scharfe
opäitiden
Das
a. auf
2. bis
indenden
anda des
er eine
Mai im
rede des
deutscher
Schnee
schuld-
Schaaten.
Dichaktis-
initiatibe
Unter
auf die
feier der
em Spiel,
ein Stück
so tief
das beim
bedeuten.
ert, noch
gehören
en beide
in Es-
s Wortis.
geitigen
erhaben,
ar. Karl
pichte die
und Zu-
gar Ten-
atz war
attiu als
spfindende
chier und
Ep.
enker in
off ist die
freieste
agat“ ans
an-Frede-
trolle er-
taatsver-
ins kon-
staatsver-
Wiener
aion am
sein.

Der Reichskanzler bei der Jahraufendfeier in Düsseldorf

Die Jahraufendfeier des Rheinlandes fand gestern mit dem offiziellen Festakt des Rheinischen Provinziallandtages ihren Höhepunkt. Um 9 Uhr vormittags trafen hier zusammen mit dem Reichskanzler Dr. Luther auf dem Hauptbahnhof der preussische Ministerpräsident Braun, die Reichsminister Dr. Brauns und Dr. Frenken, der württembergische Staatspräsident Bazille, der Vorsitzende des Staatsministeriums in Weimar, Leutheuser, Staatspräsident Ulrich-Darmstadt, Ministerpräsident von Schimpf-Oldenburg, der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums Marquardt, Ministerpräsident Geiß-Dessau, der Vorsitzende des Landespräsidiums Dr. De-Deimold, Staatsminister Schönbach-Mecklenburg-Strelitz, zahlreiche Vertreter der übrigen Landesregierungen und der Städte, sowie als Vertreter der Geistlichkeit Kardinalerzbischof Dr. Schulte-Röhl und Generalvikar Dr. Klingemann. Ferner Reichsminister Dr. Klöckner, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach.

Auf dem großen Festbanett des Rheinischen Provinziallandtages hielt vor einer großen Zuhörermenge

Reichskanzler Dr. Luther

eine Rede, in der er u. a. ausführte:

„Im besonderen Auftrage des Herrn Reichspräsidenten habe ich die Ehre, folgende Botschaft an die rheinische Bevölkerung zu richten:

„Den Brüdern und Schwestern im Rheinland entbiete ich den Gruß des Reiches zur Jahraufendfeier. Den Gedanken der tausendjährigen Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich festlich zu begehen, ist in Kreisen der rheinischen Bevölkerung entstanden. In all diesen ereignisreichen Jahren fühlt sich das gegenwärtige Geschlecht als verantwortungsvoller Träger einer großen Vergangenheit. Die ganze lebendige Kraft, die heute das Rheinland in Wirtschaft und Kultur entfaltet, gründet sich auf die Leistung der Vorfahren während eines Zeitraumes der länger als tausend Jahre gewährt hat. In all dieser Zeit hat das Rheinland als Grenzmark immer wieder die Stürme der Weltgeschichte über sich hinwegbrauchen lassen müssen. So ist das Volk entstanden, das trotz aller Eingabe an die Güter der Kultur und an eine gesunde Frömmlichkeit doch den höchsten vaterländischen Ernst und politische Stärke in sich entwickelt hat, um auch die schwersten Räte der Gegenwart zu bestehen. Kraftvoll und treu hat das Rheinland in schweren Tagen an seiner geschichtlich gewordenen Verbindung mit Preußen und an seinem Zusammenhang mit dem großen deutschen Vaterland festgehalten. Das ganze Volk dankt den Rheinländern für ihre Ausdauer und ihre Eingabe an die große Sache des Vaterlandes. Bleiben alle Deutschen diesen Tugenden treu, dann wird — das ist mein unerschütterlicher Glaube — die heilige Stunde der Freiheit bald für die Rheinlande schlagen. Wir alle geloben, daß wir nicht raiten werden, bis dieses Ziel erreicht ist. Gott, der in der Vergangenheit bei schwerer Bedrückung immer geholfen hat, wird auch diesmal helfen.“

Der Kundgebung des Herrn Reichspräsidenten, meine Damen und Herren, schließe ich die aufrichtigen Wünsche der gesamten Reichsregierung zur Jahraufendfeier der Rheinlande an. Die innen- und außenpolitischen Arbeiten der Reichsregierung haben ein solches Ausmaß erreicht, daß ich mich schweren Herzens entschließen mußte, schon heute abend die Rückreise anzutreten. Aber meine Gedanken und herzlichsten Wünsche werden in diesen Tagen noch mehr als sonst bei der rheinischen Bevölkerung verweilen. Die Rückschau auf die tausendjährige rheinische Geschichte, deren Ablauf heute festlich begangen wird, zeigt den bedeutungsvollen Aufstieg in allen schöpferischen Leistungen von Kultur und Wissenschaft. Das erfreuliche Ergebnis dieses hingebungsollen und reichen Lebens vieler Geschlechter, verbunden mit dem jähren Tatendrang der jetzt lebenden Menschen hat auch auf rheinischem Boden ein Werk deutschen Lebens von höchster Leuchtkraft geschaffen. Die Leistungen des Rheinlandes sind umso bewundernswürdiger, als immer wieder in den 1000 Jahren die rheinische Bevölkerung mit schweren politischen Räten zu ringen gehabt hat. Auch jetzt lastet auf dem Rheinland die ganze Schwere fremder Besatzung. Die Politik der Reichsregierung demgegenüber ist durch die Natur der Dinge klar vorgezeichnet. Sie zielt darauf hin, dem Rheinland die Freiheit und ganz Deutschland und ganz Europa den wirklichen Frieden zu vermitteln.

Wenn auch die Reichsregierung alles tut, was in ihrer Kraft steht um die Räumung des nördlichen Rheinlandes herbeizuführen, so wird ihr darüber hinaus eine noch größere Aufgabe bleiben, nämlich den schweren Druck, der auf der Gesamtheit der zu Deutschland gehörenden Rheinlande lastet, sobald wie irgend möglich zu lindern. Das Endziel aller Bestrebungen muß die Herbeiführung einer Freiheit sein, die eine wirkliche Freiheit ist. Das Rheinland muß überhaupt davon erlöst werden, daß es immer wieder als Grenzmark

umkämpft und umfochten wird. Gleichzeitig mit der morgigen Veröffentlichung der französischen Note über die Frage des Sicherheitspaktes sollen von Frankreich und England Ergänzungsurkunden erlassen werden, die für die Verständlichmachung der französischen Note von besonderem Werte sein dürften.

Die deutsche Regierung wird die Note mit dem ganzen Ernst der hierfür erforderlich ist, prüfen. Angesichts unseres bisherigen Vorgehens in der Sicherheitsfrage brauche ich nicht besonders zu betonen, daß in gleicher Weise, wie sich die französische Regierung in den Schlussworten der Note ausdrückt, die deutsche Regierung es begrüßen würde, wenn Verhandlungen in Gang kommen könnten, deren Ziel der Abschluß von Vereinbarungen ist, die eine wirksame Friedensgewähr darstellen. Dem Rheinland würden neben dem gesamten Vaterland in erster Linie der Vorteil einer solchen Regelung zugute kommen. Von Wichtigkeit ist die Tatsache, daß im Vertrag von Versailles in Aussicht gestellte neue System einer allgemeinen Abrüstung nicht durchgeführt ist.

Der bestehende Zustand wird von der Unlogik beherrscht, da das neue System nur von Deutschland und einigen anderen Staaten in Anwendung gebracht ist, dagegen das alte System der Wehrfähigkeit bei den anderen Ländern weiter besteht. So lange das große Programm der Abrüstung nicht allgemein und gleichmäßig für alle Staaten gelöst ist, wird ein vollendetes die gesamte Welt umfassendes Friedenssystem nicht möglich sein. Deutschland wird immer das Seine tun, um auf dem Wege direkter Vereinbarungen einen Zustand in ganz Europa herzustellen, bei dem ein Zusammenleben der europäischen Völker nach den Grundgedanken der Vernunft und Gleichberechtigung gewährleistet ist. Gelingt eine solche allgemeine Regelung, so möge sie glückverheißendes Vorzeichen für das nächste Jahrtausend deutscher Geschichte auf rheinischem Boden sein.“

Kirchliche Nachrichten.

Kirchenmusikalisches.

Nummer 6 des „Roth. Kirchenjäger“ bringt eine Pfingstberichterstattung, die ähnlich wie die Dierberichterstattung in der vorigen Nummer den Chorregenten und den Sängern manche beherzigenswerte Gedanken nahe legt. Ein technischer Artikel gibt Aufschluß über Konstruktion und Anwendung von Hochdruckpfeifen in größeren Orgelwerken. Unter der Rubrik Vereinsberichte zeigt es sich, daß in einer Reihe von Bezirken auf dem Gebiete der musica sacra Luthiges geleistet wird. Die neueste Literatur und geeignete Kompositionen finden in kurzen Referaten prägnante Charakterisierung.

Wielandts entschließt sich die Schriftleitung, in einer der nächsten Nummern auch die Bezirksvereinsstatuten wieder bekannt zu geben, nachdem sie in der vorigen Nummer durch Abdruck der Statuten für die Pfarrvereine einem Wunsch vieler Kirchenchöre nachgekommen ist. Da diese Zeitschrift im Laufe des Jahres eine Reihe von Artikeln bringt, die für Predigten und Ansprachen bei Kirchenmusikfesten und für belehrende Vorträge über kirchenmusikalische Fragen dauernden Wert haben, so empfiehlt sich dem Leser die Aufmerksamkeit der Nummern dieser Zeitschrift. Auch wird es gut sein, wenn in größeren Vereinen mehrere Exemplare des Blattes unter den Chormitgliedern zirkulieren. Der geringe Preis von 75 Pfg. im Quartal darf nach Erlass der Kirchenbehörde aus kirchlichen Mitteln bestritten werden.

Die Seligsprechung der Bernadette von Lourdes. Gestern fand in St. Peter die Seligsprechung der Bernadette v. Lourdes statt, der bekannten Bittönarin. Es hatten sich zahlreiche Franzosen zu dieser Feier eingefunden unter Führung der Bischofschoepfer von Lourdes und des Bischofs von Rebers, wo Bernadette zuletzt Nonne war. Auch der jüngste Bruder der Seligen war anwesend.

Pius XI. begab sich abends nach St. Peter, um die neue Selige zu besuchen und wurde lebhaft von den französischen und italienischen Pilgern begrüßt.

R. D. Gernsback, 18. Juli. Um 19. Juli wird in hiesiger Stadtkirche, jedenfalls durch hochw. Herrn Weihbischof Dr. Wilhelm Burger, die H. Firmung gesendet.

Jubiläum in Bidesheim. Wunderbar leuchtete die Sonne am Firmament und sandte schon in früher Morgenstunde ihre kraftvollen Strahlen auf Berg und Flur, auf Wald und Feld, in die Wohnungen der teilweise noch schlummernden Menschen, in die Herzen derer, die in einigen Stunden ein inneres Erlebnis feiern und teilnehmen wollten an einem so seltenen Jubiläum. Von nah und fern waren sie herbeigeeilt zum Profestjubiläum des hochw. Herrn Redemptoristenpater Robert Kiefer. Dicht umlagert waren die Reichshäuser, die Wallfahrtskirche, in herrl. dem Festschmuck, dicht besetzt. Um 8 Uhr begann die so schlichte, aber überaus eindrucksvolle Feier. Der S. S. Superior R. Brechtl G. S. A. bestieg die Kanzel, wahrnd der Jubilar seinen Platz im Chore einnahm. In kurzen trefflichen Worten schilderte der Festprediger, an Hand der drei Ordensgelübde, das Leben eines Mel glosen. Armut — Freiheit des Geistes, Keuschheit — völlige Eingabe an Gott, Gehorsam — Freiheit der A.nder Gottes. Ein Leben im Lebensstande bringt viel Ent-sagung. Die Welt brühtet Argwohn und betrachtete dieses Leben als Sclavenleben. Und nun auch noch 50 Jahre, welsch ein Martyrium. Anders denkt der Religiöse und die A.nder des Lichtes. Wie sagt doch der Heiland selbst: „Wer es lassen kann, der lasse es.“ Am Schluß der Predigt brachte der Festprediger dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche entgegen und schloß mit den Worten: „Ad multos annos.“ auf viele, viele Jahre weiter.“ Hierauf erneuerte der hochwürdig. Herr Jubilar die Ordensgelübde und sang unter Begleitung des wirtsch. ausge-

zeichneten Chores, das feierliche Hochamt vor ausgef. Allerschönsten. — Den ganzen Sonntag nahm der S. S. Jubilar Glückwünsche von Bekannten und Unbekannten entgegen und hatte für jedes herzliche Worte des Dankes. — Hier darf auch berraten werden, daß bis kommenden Winter der Klosterbau hinter der Wallfahrtskirche beendet sein wird. Bidesheim ist seit Jahrhunderten der Zufluchtsort für gebeugte Seelen, und die Gnadenmutter hat schon ungezählte wieder auferichtet. Es wäre gewiß der Gnadenmutter eine große Freude, wenn die gottlos immer noch so zahlreich zu ihr wallenden Pilger nach Möglichkeit ein Scherlein für die Bollendung des Baues opfern würden, in dem in der Wallfahrtskirche aufgestellten Opferstade. Die S. S. Redemptoristenpatres nehmen gerne, auch außerhalb der Kirche, Gaben entgegen.

Chronik.

Baden. Durlach, 18. Juni. Der Gesangsverein „Lira“, gegr. 1864 Durlach, hat am vergangenen Sonntag, den 14. Juni 1925 bei dem in Bad Liebenzell stattgefundenen Gesangswettbewerb in der Abteilung für Kunstgesang mit dem Chor „Morgenteb“ von Reinhold Beder, unter der bewährten Leitung seines Chormeisters, Herrn Hauptlehrer Wilh. Röber aus Karlsruhe, mit 21 Punkten den 1. Preis und Ehrenpreis, gestiftet von der Stadtbewaltung Bad Liebenzell, errungen.

Eppingen, 18. Juni. Gestern feierten ihre goldene Hochzeit Schumachermeister Franz Brandmeier und seine Ehefrau Anna geb. Sauer. Das Jubelpaar wird noch in fürperlicher und geistiger Frische auf ein arbeitsreiches Leben zurück. Der Jubilar widmete sich bereits fünf Jahrzehnte dem Feuerwehrcorps, wofür ihm für reges Interesse und äußerster Pflichterfüllung mehrere Auszeichnungen verliehen wurden. Die kirchliche Feier, mit den vorausgegangen dem Jubel- und Festtag entsprechenden und allen Festteilnehmern, insbesondere dem Jubelpaar, so schön zu Herzen gesprochenen Worten, nahm der hochw. Herr Stadtpfarrer vor.

Vörsach, 18. Juni. (Zeichen der Zeit.) Zu der kürzlich gemeldeten nächtlichen Schlägerei in Vörsach werden jetzt noch folgende Einzelheiten bekannt: Streikende Bauarbeiter saßen spät abends im Vorraum einer Wirtschaft und zechten. In angeheiteter Stimmung suchten sie in einen Saal einzudringen, in dem ein Gesangsverein Chorproben abhielt. Nachdem man ihnen dies untersagt hatte, verschwand sie kurze Zeit, kehrten dann mit diesen Bügeln zurück und lauerten dann Mitgliedern des Vereins auf, über die sie herfielen. Um 1 Uhr nachts entwidete sich zu einer wilden Schlägerei. Die Ueberfallenen erhielten Hilfe durch die herbeieilenden Kameraden und es gelang ihnen auch, die Angreifer aus dem Felde zu schlagen. Ein gerade aus Basel kommendes Automobil beteiligte sich an der Verfolgung mit dem Ergebnis, daß man drei der Nahaubrüder der Polizei übergeben konnte. Zwei der Ueberfallenen suchten sich in das Krankenhaus begeben, um sich verbinden zu lassen, wovon der eine an einer schweren Kopfverletzung darniederliegt. Auch die Angreifer waren nicht weniger zugerichtet und mußten sich ebenfalls im Spital verbinden lassen.

Waldshut, 18. Juni. Zu der am Sonntag stattfindenden 10. ordentlichen Hauptversammlung des Rheinisch-schwarzwaldischen Kantons in Waldshut, wovon wir bereits berichteten, werden auch der badische Innenminister Kemmele, Finanzminister Dr. Köhler, Minister a. D. Dietrich, ferner der deutsche Generalkonsul Rheinbold von Zürich sowie die Präsidenten Dr. Fuhs und Dr. Paul erscheinen.

Das badische Interesse an der Ober-rheinregulierung.

Vörsach, 18. Juni. Oberbürgermeister Dr. Gugelmeyer macht in einer längeren Ausführung im „Oberländer Boten“ zur Rheinregulierung verschiedene Gesichtspunkte geltend, deren Berücksichtigung für Baden und Oberrhein im besonderen Falle einer deutschen Beteiligung notwendig sind: Für das fruchtbarste liegende Wesental und den Oberrhein mit ihren wichtigsten Industriepunkten Vörsach und Rhein-sfelden seien an der Baseler Nordgrenze Hafenanlagen zur Verfügung zu stellen. Die Errichtung stromariger Hafenanlagen möchte durch Verhandlungen gelöst werden. Das Wesental, das durch einen schmalen Streifen schweizer Gebietes vom Rhein getrennt sei, müsse grundsätzlich einen zollfreien ebenen Zugang zum Rhein erhalten. Da durch den beabsichtigten französischen Seitenkanal der Grundwasserstand am badischen Oberrhein ungunstig beeinflusst und die Kulturen hierdurch stark benachteiligt werden, so müßte ein Bemässerungskanal vom Rhein aus durch diese Gebiete geführt werden, der seinen Anfang auf schweizerischem Gebiet nähme. Projekte in dieser Beziehung lagen bereits vor. Es sei notwendig, schließt der Artikel, daß die Karlsruher Regierung auf dieses vorher genau ermäße und vorbereite, ehe die Verhandlungen mit der Schweiz beginnen.

Singener Brief.

Die Grenzstadt Singen-Hohentwiel im Aufstiege.

Die erstaunliche und rapide Entwicklung des Marktlandes Singen zur Industriestadt-Großstadt nahm ihren Ausgang in den neunziger Jahren. Wenn nun auch die überaus günstige Lage Singens, günstige Bahnanschlüsse und Gründung von Fabriken eine gewisse Gewähr für eine normale Entwicklung Singens bieten, so wäre eine derart rapide Entwicklung wohl nicht erfolgt, ohne die Zollfreigebung des deutschen Reiches. Der deutsche Zolltarif vom Jahre 1879 wurde in der Folgezeit verschiedentlich verschärft. So kam es 1892 auch zum Abschluß der sogenannten „Mittel-europäischen Handelsverträge“ und zwar mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der

Schweiz; die Zollkämpfe setzten sich aber bis zum Jahre 1902 fort. Als Durchgangsort der Waren aus der Schweiz und Italien war nun Singen berufen, sowohl im Eisenbahndurchgangsbereich wie auch betreffs Verzollung und Abfertigung der Waren eine besondere Rolle zu spielen. Die Folge davon war der Zuzug von vielen Beamten, die Erstellung von Beamtenhäusern usw., was wieder Gemeinheitsarbeiten und Kaufleute anzog. — Aber auch noch eine andere, für Singen sehr wichtige Wirkung hatte die Zollfreigebung; mehrere Fabriken aus der Schweiz errichteten hier, dicht an der Grenze Zweigniederlassungen. So entstanden vor allem die bekannten und ob der guten Qualität ihrer Suppen- und Speisewürze weltbekannten Magarine die Singen als Industriestadt aus der Laufe gehoben haben und durch ihre Waren die Stadt Singen jeder deutschen Hausfrau namentlich bekannt gemacht haben. Dann folgten die Nittungwerke, die Aluminiumwerke von Schaffhausen und daneben mehr als 100 andere kleinere und größere Betriebe, während die Spinnerei bereits 1843 gegründet wurde. Nach mannigfachen Rückschlüssen der Industrie- und Nachkriegszeit beruht die industrielle Entwicklung der Stadt wieder einem neuen mächtigen Antrieb zu nehmen. Verpricht einerseits der nunmehr begonnene große Zentralgüterbahnhof eine weitere Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, so hat auch die Stadterweiterung das ihre getan, um einer schnellen Entwicklung Singens zum Industrie- und Verkehrsmittelpunkt des badischen Oberlandes Vorschub zu leisten. In Schluß, das dem künftigen Industriezentrum wird das große Zentralgaswerk durch die Berliner Firma Agwa errichtet. Dieses Gaswerk wird den ganzen Umkreis, einschließlich der Stadt Radolfzell mit Gas versorgen. Ferner soll ein zweites Aluminiumwerk- und Stahlwerk entstehen. Die private Bautätigkeit ist groß; neue Stadtteile schießen wie Pilze aus dem Boden. Das unter diesen Umständen unsere bisherigen Schul-, Arzt- und Kranfenshäuser schon längst als zu klein sich erwiesen haben, liegt auf der Hand, baut doch Singen mehr als der ganze Bezirk Konstanz zusammen. Einweihen will man ein neues zeitgemäßes Krankenhaus im Diefeld erstellen. — Anlässlich des an Pfingsten abgehaltenen 10. Baden-schwabengewerbetages hat Singen eine neue, maßliche 5000 Personen fassende Festhalle erhalten. Das Sängerefest selbst war von 55 Gesangsvereinen besucht, wobei der vom verstorbenen Reichspräsidenten Herr gestiftete herliche Ehrenpreis durch Los zwischen dem Männergesangsverein Lutzlingen und der Badenia, Konstanz, letzterer zufiel. Das Fest war auch zugleich als Guldigung für den genialen Verfasser des „Eckhard“ gedacht, weshalb wieder ein historischer Umzug in Singen mit Silber von Scheffels Werken aus dem „Eckhard“, Trompeter von Sadingen, Junitanus usw. stattfand. In 20 Gruppen traten die Gesellen der Herzogin Hedwig von Schwaben und des ersten, seinen Mörder Eckhard von St. Gallen auf. Das schönste Bild war „Walmeiters Brautfahrt“. Die genannte Festhalle soll der Beginn eines Scheffelsjahres in Singen sein mit Scheffelsmuseum und darin die historischen Hohentwiel-Festlichkeiten bei ungünstiger Witterung stattfinden. Bei gutem Wetter aber finden dieselben auf der unteren Weitung, auf der Karlsbasilika statt, der wohl unbestritten schönsten und imposantesten Naturbühne Deutschlands, angelehnt des Bodensees und der Alpen und im Hintergrunde die genialen Auen des Amfels. Die Festspiele begannen feuer mit 5. Juli. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen des Spielleiters Beng vom Landestheater, Karlsruhe. Erste Kräfte dieses Theaters und anderer Bühnen wirken mit. Gespielt werden: Hamlet, Jüdische Götze von Wertheimer, König Lear. Was ihr wollt, Hamlet usw. So wird es über den Sommer wieder sehr lebhaft auf dem Hohentwiel zugehen.

Kreisfiskusinspektor Fritz Stadtschulrat in Mannheim.

Mannheim, 18. Juni. Zum Nachfolger des vor geraumer Zeit schon in den Ruhestand getretenen Mannheimer Schulleiters Dr. Seidinger ist auf Vorschlag des Stadtrats Kreisfiskusinspektor Wilhelm Fritz in Mannheim von der badischen Regierung zum Stadtschulrat ernannt worden. Neben ein Jahr war die Stelle des Mannheimer Stadtschulrats besetzt, da eine Eingung über die Person des Nachfolgers Dr. Seidingers nicht erzielt werden konnte. Unter den vom Unterrichtsministerium vorgeschlagenen Bewerber ist denn endlich im Stadtrat die Wahl auf Wilhelm Fritz gefallen und die Regierung hat diese Wahl jetzt bestätigt. Der neue Mannheimer Stadtschulrat kommt aus Strümpfstrum bei Eberbach, wo er 1865 geboren wurde. 20 Jahre darauf trat er in den badischen Schuldienst und war von 1889 mit einer kurzen Unterbrechung dauernd in Mannheim im Lehramt tätig. Politisch gehört Stadtschulrat Fritz der demokratischen Partei an. Er war von 1904—1919 als Abgeordneter der damaligen fortgeschrittenen Volkspartei Mitglied der Zweiten badischen Kammer und gehörte später der badischen Landparlamentarier und auch dem Landtag bis 1921 an.

Eindriche in Schwarzwaldhütten.

Von der Hornsgründe, 16. Juni. Seit einiger Zeit mehren sich wieder die Eindriche in die auf freier entlegener Höhe befindlichen Schwarzwaldhütten, die teils Eigentum von Sektionen des Schwarzwaldvereins teils von solchen des Schwarzwaldvereins sind. Es kann nicht scharf genug gegen ein solches Rowdiereisen in den Bergen Stellung genommen werden, zumal wenn man bedenkt, daß die Hütten von Sektionen der Bergvereine oder auch von den Winter- und Kurhütten selbst oft unter Aufbringung erheblicher Opfer in erster Linie für die Jugendpflege gebaut sind. Besonders auffallend sind die Eindriche in Hütten im nördlichen Schwarzwaldbereich, namentlich im Gebiete der Hornsgründe, wo die Hütten lediglich zum Zwecke des Schlafens aufgegeben wurden ohne daß wie sonst, Diebstahle damit verbunden sind. In kurzer Folge ist vor und nach

Ar.
Pflingst
am St
Seefop
erbroch
lung un
Geistes
gang, d
büchse
ließen
für die
macht
Gelegen
solche
In
ergrüen
die He
Förder
in neue
die erlie
urprüng
güter bil
Igh der
die Bene
als eine
fanfönig
Namen s
Sofgutes
einer Si
deren W
berg und
einem G
Barron
geme hi
nach befo
1902 erz
haus, der
offenbar
herleitet.
h Nenden
die gleich
form h
reicht. 1
bis 1860
Dandbest
haus es
den Anfo
sitionen
damit der
ben den
Dadurch
sichen bei
erjand r
vom Herr
Aus an
Bab
fall auf
wurde bo
Garnison
suchte m
Mädchen
ob, der g
Mädchen
Dem Täu
lung es
flucht be
papiere r
seine Per
tot im Fr
Die fran
Reiche fo
Am 1
Aufposten
1. Be
3.80, an
an Berlin
2. B
Kordern
3.00, an
neh 10.00
zurück ab
8.25 und
am Brem
3. M
Konstanz,
5.45, ab
zurück ab
Baden-Ba
4. Kar
Karlsruhe
rück ab 1
1.35.
5. Kar
und 4.25
Eutgart
und 5.50.
Für
geben
ten r
Nach
bekan
An
Post
3—4
3—4
wozu
den
sind,
jede
maß
nung
Falle
zugsh
erfolgt
gebüli
Zeitu
man
amts
W
fer 2
beziel
wird,
an u
mend

Der Riß im deutschen Katholizismus.

Warum nicht Marx?

Hingstern die Hüte des Stillsitzens Achern am Steigerkopf zwischen Hornisgrünbe und Seefopf-Ruhestein von unbefannten Kätern erbrochen und erheblich an Ähren, Verjährung und Wäden beschädigt worden. Von der Geistesverfassung der Täter zeugt der Vorgang, daß sie in einem Falle in einer Zuckerbüchse 40 Pfennig und einen Zettel hinterließen mit den Worten: Wir danken bestens für die unermüdete Unterfucht. Der Bergwacht Schwarzwald ist somit noch genügend Gelegenheit zu ihrer Betätigung gegeben, solche „Wanderer“ unfählich zu machen.

Neues über Alt-Bruchsal.

In der als „Bruchsaler Boten“ erscheinenden „Herold der Heimat“ teilt der um die Heimatsgeschichte Bruchsal sehr verdiente Forscher Anton Welter wertvolle, erst in neuerer Zeit hervorgehobene Einzelheiten über die ersten Anfänge Bruchsal mit. Zwei große, ursprünglich den Frankenkönigen gehörige Hofgüter bildeten Bruchsal erste Anfänge. Das südlich der Saalbach gelegene Gut kam frühzeitig an die Benediktinerabtei Weichenburg, wahrscheinlich als eine Schenkung ihres Gründers, des Frankenkönigs Dagobert I. (gest. 639) und heißt den Namen Weichenburger Hof. Der Ausbau dieses Hofgutes durch die Abtei bewirkte die Bildung einer Siedlung von Fronbauern oder Hühnern, deren Wohnbezirk noch heute der Stadtteil Fronberg bedeutet. Die Siedlung gestaltete sich zu einem Gemeinwesen aus, dessen Gotteshaus dem Patron der Weichenburger Kirche, dem hl. Petrus, geweiht wurde. Der Königshof nördlich der Saalbach besaß, wie die Ausgrabungen des Jahres 1902 ergaben, bereits ein eigenes Herrenhaus, den „Saal“ im Sumpf oder Bruch, woraus offenbar der vormalige Name Bruchsal sich herleitete. Das Gotteshaus der aus dieser Siedlung hervorgegangenen heutigen Stadtteile, die gleich der Peterskirche in ihrer ursprünglichen Form bis in die Zeit Karls des Großen zurückreicht. 1056 gelangte der Königshof mit seinem hl. Wäden und Unterwädenheim sich erfindenden Landbesitz als Schenkung des französischen Kaiserhauses an das Bistum Speyer, das 1190 durch den Ankauf des Weichenburger Hofes seine Besitzungen unter seiner Herrschaft vereinigte und damit den Anstoß gab zur Zusammenfassung der beiden Siedlungen rechts und links der Saalbach. Dadurch war das Stadtbild Bruchsal im wesentlichen bestimmt und festgelegt. Da alle Schicksale nach dieser Vereinigung etwas weißlich vom Herrenhaus des Königshofes. S. S.

Aus anderen deutschen Städten.

Bad Dürheim (Westfalen), 18. Juni. Der Heberfall auf die 2 jungen Mädchen im Jenadatt wurde von einem französischen Deserteur der Garnison Worms a. Rh. verübt. Der Soldat suchte mit vorgehaltener Kugelbeide Mädchen zu berauben und gab auch einen Schuß ab, der glücklicherweise fehlging, da das bedrohte Mädchen sich geistesgegenwärtig zu Boden warf. Dem Täter, der bald verhaftet werden konnte, gelang es, im Wäden zu entkommen. Die auf der Flucht von dem Täter verlorenen Ausweispapiere nebst Wäden gab ein Aufschluß über seine Person. Man fand ihn am nächsten Tage tot im Wäden vor. Er hatte sich selbst erschossen. Die französischen Besatzungsbehörden ließen die Leiche konfiszieren.

Neue Luftpostverbindungen.

Am 18. Juni werden folgende werftägliche Luftposten eröffnet:

- Berlin-Dortm. (Westfalen), ab Berlin 8.30, an Dortmund 7.30, zurück ab Dortmund 7.30, an Berlin 11.00.**
- Baderflugdienst Bremen-Wangeroo-Norderney-Dortm., ab Bremen 8.30, 10.00 und 3.00, an Wangeroo 9.30 und 3.30, an Norderney 10.00 und 4.20, an Dortmund 11.15 und 4.55, zurück ab Dortmund 8.00 und 3.15 ab Norderney 8.25 und 6.00, ab Wangeroo 8.55 und 6.40, an Bremen 9.45, 4.30 und 7.30.**
- Mannheim-Baden-Baden-Billingen-Konstanz, ab Mannheim 4.30, ab Baden-Baden 6.45, ab Billingen 6.45, an Konstanz 7.30, zurück ab Konstanz 7.30, ab Billingen 8.30, ab Baden-Baden 9.30, an Mannheim 10.30.**
- Karlsruhe (Baden)-Frankfurt (Main), ab Karlsruhe 10.20, an Frankfurt (Main) 11.30, zurück ab Frankfurt (Main) 12.15, an Karlsruhe 1.35.**
- Karlsruhe-Stuttgart, ab Karlsruhe 8.55 und 4.25, an Stuttgart 9.30 und 5.00, zurück ab Stuttgart 9.45 und 5.15, an Karlsruhe 10.20 und 5.50.**

Für die Reisezeit

geben wir unsern geschätzten Abonnenten nachstehende Bestimmungen über die Nachsendung des „Bad. Beobachters“ bekannt.

Anträge auf Ueberweisung durch die Post bezogener Zeitungen sind möglichst 3-4 Tage vor der Abreise beim Zustellpostamt zu stellen. Den Anträgen, wozu auch besondere Vordrucke, die bei den Postanstalten kostenfrei erhältlich sind, verwendet werden können, sind für jede Zeitung 50 Pf. in bar oder in Freimarken beizufügen. Die Ueberweisung nach dem Heimatort, die in jedem Falle bei der Postanstalt des neuen Bezugsortes besonders zu beantragen ist, erfolgt innerhalb des Deutschen Reiches gebührenfrei. Wegen Ueberweisung von Zeitungen nach dem Ausland wende man sich an die Zeitungsstelle des Postamtes.

Wer den „Bad. Beobachter“ durch unser Trägerpersonal oder durch Agenten beziehen, also nicht von der Post bedient wird, wolle sich wegen der Nachsendung an unsere Geschäftsstelle, Adlerstraße 42 wenden.

Der Herr Oberbürgermeister von Regensburg gibt indirekt herab zu, daß nicht die großen Fragen der Außen- und Innenpolitik bei der Wahl am 26. April die Entscheidung herbeigeführt haben. Darum ist es auch nicht diese Materie, auf die es ihm besonders und in erster Linie ankommt; sein Auge ruht auf dem tiefen Riß, der durch den deutschen Katholizismus bei dieser Wahl gegangen ist, und auf der Tatsache, daß die Austragung der politischen Meinungsverschiedenheiten auch unter ihnen (= den deutschen Katholiken) Formen angenommen hat, die sehr betrüblich sind. Er will kein „alle Teile unbefriedigendes Lieberkündchen der erschütterten Einigkeit“, sondern eine ruhige, sachliche Prüfung und damit ein „auf den Grundgehenden“ den Dingen gegenüber. Sein „Trachten“ geht dahin, „durch Klarheit und Wahrheit die Wege zur Verständigung zu finden.“ „Je mehr auf beiden Seiten achtungswürdige Männer mit achtungswürdigen Sünden für ihre politische Meinung kämpfen, desto mehr muß Zurückhaltung im Urteil Platz greifen.“ So Herr Dr. Hipp!

Wir begrüßen diese grundsätzliche Stellungnahme, auch wenn sie erst heute zu verzeichnen ist. Sie dürfte, wenn wir es mit einer Rundgebung von allgemeiner Bedeutung zu tun haben, einen guten Schritt nach vorwärts darstellen! Jedenfalls entspricht sie im allgemeinen dem, was wir selbst immer vertreten haben und auch fernherhin zu vertreten entschlossen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Hipp sucht dann im Anschluß an diese grundsätzliche Darlegung, die Haltung der „bayerischen Volkspartei“ in ihrer Stellungnahme für Hindenburg zu rechtfertigen. Das ist kein gutes Recht! Wir respektieren es voll! Nun nehmen wir auch für uns das gleiche Recht in Anspruch und sind dabei sicher, daß der Herr Oberbürgermeister Dr. Hipp dafür das gleiche Verständnis hat und zeigen wird.

Er kann nur sympatisch berühren, wenn bei diesen Darlegungen „beide Persönlichkeiten“ Herr und Hindenburg nach der menschlichen Seite, als Charaktere, selbstverständlich von vornherein auscheiden.“ Diese Darlegungen hätten gewonnen, wenn aus dem gleichen Geiste heraus der Versuch eines Autoritätsbeweises für die bayerische Wahlparole unternommen wäre. Die Berufung auf den „großen Dompfropf“ Dr. von Döcker, auf den „zweifellos fähigsten und gewandtesten Staatsmann Süddeutschlands“, Ministerpräsident Dr. Held, auf „einen Geheimen Rat Dr. Heim und den allseitig geschätzten, Augen Dr. Wegel“ zeigt dem etwas kritisch veranlagten nicht bayerischen Süddeutschen eher die Schwäche wie die sieghafte Ueberzeugungskraft des belibhten Autoritätsbeweises schon von selbstwillen, weil Namen wie die des Domherrn Reich, des Grafen Lerchenfeld, eines Arbeiterführers Wallerbach u. a. mehr wohl nicht genannt werden konnten und weil dann doch ein großer Kontingent Wähler die offizielle Parole in Bayern einfach beiseite schob und trotz allem Marx wählte! Wir möchten raten, derlei Versuche im Interesse des großen Zieles künftig doch eher beiseite zu lassen. Mehr sollten wir dazu nicht sagen.

Was hat nun nach dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Hipp der „bayerischen Volkspartei“ an der Marx-Kandidatur sachlich nicht gefallen? Die Antwort liegt in den folgenden Sätzen:

„Nicht als überzeugter Katholik, als der christl. Politiker u. Staatsmann wurde Marx der überwältigenden Mehrheit seiner Wähler zur Wahl empfohlen, sondern trotz dieses Schönheitsfehlers als das geringere Uebel gegenüber einem Kandidaten der politischen Rechtsrichtung. Bei einem Zahlenverhältnis von etwa vier Millionen Zentrumstimmen gegen zehn Millionen sozialistischer und demokratischer Stimmen kann

etwas in der Rechnung nicht stimmen; wenigstens in der Rechnung nicht, die von der Linken für geleistete Dienste präferiert werden sollte!“

Was der Herr Oberbürgermeister Dr. Hipp mit diesen Ausführungen eigentlich meint, sagt er in den folgenden Darlegungen; er schreibt:

„Die Anhänger der freien Schule, die Befürworter einer weitgehenden Ehereform, um nicht an noch andere Dinge zu erinnern, die eifrigen Beschützer jeder Art von „Kunst“, diese Kreise wären nie und nimmer mitgegangen, wenn Marx einmal ernstlich hätte beginnen wollen, christliche Staatsgedanken zur Verwirklichung zu bringen. Man denke an das vorbrüchliche Bedürfnis nach einem Reichskonkordat und an die unjagbar mühe Gege dieser Kreise gegen das bayerische Konkordat.“

Glaubt der Herr Oberbürgermeister von Regensburg, daß diese Parteien, die er hier im Auge hat, jetzt in den beregten Fragen weniger gefährlich sind, wie sie es gemein waren unter einer Reichspräsidentenschaft Marx? Wir verneinen die Frage und sind deshalb der Meinung, daß gerade hier ein ora verhängnisvoller politischer Irrtum sich zeigt. Wir stellen eine zweite Frage: Glaubt man in Bayern wirklich die Forderungen „des christlichen Staatsgedankens“ auch dann von der Rechten gefördert zu sehen, wenn einmal wir Katholiken in der vordersten Linie des Interesses stehen? Wir wollen nur an die Klosterfrage erinnern! Die Statistik der Ordensniederlassungen, die im bayerischen Landtag gefordert wurde, findet nur in einem ähnlichen Vorgang in Sachen ein Gegenstück. Aus beidem leuchtet die gleiche „Liebe“ zur Freiheit und Gerechtigkeit im „christlichen Staatsgedanken“. Da drehen wir die Hand nicht herum!

Die gegenwärtig zu verzeichnende ordensfeindliche Literatur stammt jedoch zumeist nicht aus den Druckereien der deutschen Sozialdemokratie! Als die aus Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie formierte bayerische Regierung den aus Lothringen vertriebenen Schulbrüdern bei Willingen für ihren Nachwuchs eine Privatbildungsanstalt nach der Vorchrift des § 19 der bayerischen Verfassung genehmigte, vollerte gerade die „Süddeutsche Zeitung“ gegen diese Konzeption an eine „Katholische Kongregation“. Dazumal, als das bayerische Zentrum mit einem Antrage gegen eine Erweitderung der geistlichen Ehebindungsmöglichkeit sich ausdrückte, halfen deutschnationale und landbündlerische Abgeordnete Schulter an Schulter mit der Linken ihn niederstimmen! Unehliches erlebten wir jüngst, als das Zentrum die gläubige Gemeinde in ihren religiösen Schulrechten schützen wollte. Wenn die bayerischen Freunde einmal unsere Erfahrungen mit dem „christlichen Staatsgedanken“ bei den Epagnen des bayerischen Nationalliberalismus etwas studieren wollten, dann würden sie namentlich die bayerischen Katholiken und ihre politischen Gedanken schon eher verstehen und vor allem verstehen, daß sie einwilligen wenig Lust verspüren, noch dazu zu helfen, daß der alte Kulturkampfgeist „der niedriger und achtbarer Nahrung wieder tonangebend in Baden und Süddeutschland“ werde; daß man an diesem Ziele schaffte, hat ja der Abg. Willer in der Siegesfreude des 26. April in dankenswerter Weise verraten.

Auch für das „Reichskonkordat“ kann man bei uns in Baden etwas lernen. In der Waitation für Hindenburg hat i. H. der Stimme, das „preussische Konkordat“ mit dem Papst liegt schon zur Unterschrift bereit, dazu dienen müssen, das „evangelische“ Gewissen auf den Plan zu rufen. Wenn man in Baden wie im Reiche an die Verwirklichung des Planes eines Konfor-

dates herantritt, wird der Hauptpunkt dagegen genau aus der gleichen Ecke übers Land sagen wie 1859/60. Diese Wetterrede liegt aber am Ende nicht so sehr am roten Meer der Sozialdemokratie, sondern schon eher an dem des Liberalismus. Die bayerische Sozialdemokratie ist an der Seite der Demokratie und des Zentrums i. H. in der Vera Wader fast immer für die Freiheit der katholischen Kirche eingetreten — bis sie 1905 im Großblock an die Seite des kulturkämpferischen Liberalismus gerückt ist und dort „schlechte Sitten“ sah und so für die Freiheit von uns Katholiken nichts mehr übrig hatte. Wie hat die bayerische Sozialdemokratie radikalere Schulanträge gestellt wie in den Zeiten des Großblocks.

Wir Katholiken in Baden und unsere Zentrumspartei schätzen die vom Herrn Oberbürgermeister von Regensburg aufgezeigten oder angeedeuteten religiösen Kulturgüter gleich hoch ein wie er; wir sind entschlossen, mit dem gleichen Eifer sie zu verteidigen; uns verbindet hier das gleiche Pflichtbewußtsein, wie es das christlich orientierte Gewissen diktiert, da wir aber durch die harte Schule des Kulturkampfes gegangen sind, steht uns dabei das Akribial der dort gemachten Erfahrungen zu Diensten. Wir wissen deshalb die Geister wohl zu unterscheiden und den allen Kulturkampfgeist und seine Heimat sehr wohl zu erkennen. Gerade aus diesem Grunde heraus betrachten wir den Riß unter den deutschen Katholiken geradezu als ein wahres Verhängnis! Marx, der strengheligiöse Mann, der Vorkämpfer der christlichen Schule, der Verteidiger des christlichen Staatsgedankens“ war auch in den Kämpfen um den 26. April kein anderer geworden. Nur eine gewissenlose Verleumdung konnte ihn soweit mißhandeln, daß die „Börsezeitung“ in Berlin die Frechheit sich gestatten konnte, „den kirchlichen Oberen“ diesen Mann zur faktischen Exkommunikation und zur Verweigerung des christlichen Grobes zu empfehlen. Von anderem, was unerhörter Weise gegen diesen hochverdienten Führer der Katholiken unternommen wurde, wollen wir heute noch schweigen! Diese Methoden führen, soweit Katholiken hier mittun, direkt ins Verderben; so besorgt man faktisch die Geschäfte der Feinde unserer katholischen Kirche. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß der Herr Oberbürgermeister Dr. Hipp diese Art weit von sich weist und auch in Marx wie in Hindenburg einen „tadellosen Ehrenmann“ anerkennt. Dieser „tadellose Ehrenmann“ war Marx auch um den 26. April und ist es geblieben. Als diesen hätte er sich auch erwiesen, wenn je die angeedeutete Rechnung für geleistete Dienste von der Linken hätte „präferiert“ werden wollen! Will man etwa daran zweifeln? Tatsache aber ist demgegenüber, daß „gerade dem Jesuiten, dem Jesuitenzögling“ dem Romfreund, dem Verteidiger der christlichen Schule und dem Chef des katholischen Volkvereins“ zahllose Stimmen der Linken aus konfessionellen Gründen abgefragt worden sind! Diese Rechnung der „Rechten“ wird nicht erst „präferiert“, sie ist bereits „bezahlt“ mit Millionen von Stimmen. Ob nicht noch andere „Rechnungen“ nachfolgen werden, diese Frage wagen wir nicht zu verneinen! Die „Linke“ versteht sich am Ende auf die Politik des „Rechnungspräferierens“, sie wird darin aber noch übertrieben von den Kräften der anderen Seite! Darum gilt es, gegen beide Seiten die gleiche Vorsicht anzuwenden und seine Freiheit zu wahren, vor allem die Positionen für die Verteidigung und den Schutz des Kreuzes und der Kirche zu stärken!

Karlsruhe

den 19. Juni 1925

Windhorstbund Karlsruhe und Mühlburg. Heute abend 8 Uhr veranstaltet der Windhorstbund in seinem neuen Bundeslokal, im Nebenraum „zur alten Linde“, eine Adressenliste und Zettel einer Bundesfeier mit einem orientierenden Vortrag. Alle Parteifreunde und Bundesfreunde nebst deren Angehörigen sind zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen.

Stadtgarten-Konzerte. Am Freitag abend konzertiert im Stadtgarten bei gutem Wetter die Kapelle des Musikvereins Karlsruhe unter Leitung von Herrn G. Küngers jr. Das Programm ist vielversprechend und wird jedem etwas bieten, so daß der Besuch dieses Konzertes bestens empfohlen werden kann.

Johannisfeier im Stadtgarten. Am Sonntag, den 21. Juni d. J., abends 8 Uhr, findet im Stadtgarten, wie alljährlich zu Sommerbeginn, eine Johannisfeier statt. Mit derselben verbunden wird ein großes Feuerwerk, ausgeführt von Feuerwerkstechniker H. Fischer, (Giesbrunn (Württemberg), der den Stadtgartenbesuchern als Meister pyrotechnischer Kunst schon seit Jahren bestens bekannt ist. Als Abschluß der Feier wird ein Holztisch, das Johannisfeuer, auf einem Pfloß im See schwimmend, abgebrannt u. d. Geufer und Gartenanlagen bengalisch beleuchtet werden. Der Garten und die Boote tragen außerdem reichlichen Lampenschmuck.

Den musikalischen Teil des Abends führt die Kapelle der Vereinigung bayerischer Polizeimuster aus unter Leitung von Herrn Obermusikmeister J. Keißig. Das Konzertprogramm ist der Feier angepaßt.

Nachmittags von 3 bis 6 Uhr und vormittags von 11-12 Uhr, finden ebenfalls Konzerte der gleichen Kapelle statt. Das Vormittagskonzert ist das übliche Sonntags-Promenadenkonzert, zu welchem kein Musikzuschlag erhoben wird. Alles in allem verspricht der Sonntag Genüsse verschiedener Art, so daß der Besuch des Stadtgartens ein sehr zahlreicher sein wird.

Zur Bewältigung des großen Andranges am Abend zur Johannisfeier sind die Stadtgarteneingänge gesäubert, so daß große Stauungen an den Eingängen vermieden werden.

Der Eintrittspreis für die Internationale Polizeitechnische Ausstellung ist von Freitag, den 19. ds. Mts ab für den allgemeinen Besuch auf 50 Pfennig herabgesetzt worden. Die Ausstellung ist täglich von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet.

Der von den Sommerwerken im Kaffee-Roma-Kaffeehaus „Gasthof-Vortrag“ erreichte sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches. Die Sommerwerke erleichtern durch ihre Gasse, die Arbeit der Hausfrau entschieden und sind vor allem aus Sparanklassengründen zu empfehlen. Es wurde mit der Theorie die Praxis verbunden und zum Schluß einige Kostproben den interessierten Besuchern verabreicht.

Das Austragen von Frühstücksgebäd!

Die Karlsruher Bäderinnung schreibt uns: Die in den letzten Tagen stattgefundenen Innungsverhandlungen hat zu der Frage des Austragens von Frühstücksgebäd Stellung genommen.

In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß es wohl verständlich sei, daß das Verlangen nach solchen Brötchen zum Frühstück groß ist, nachdem man dieselben hat jahrelang entbehren müssen.

Es wurde außerdem betont, daß dem Wunsch, die Brötchen wie vor dem Krieg frühmorgens ins Haus gebracht zu bekommen, nicht entsprochen werden kann.

Durch die gesetzlichen Bestimmungen ist jeglicher Verkauf und Versand von Backwaren morgens vor 7 Uhr verboten. Die Bädermeister machen sich bei einer Uebertretung dieses Verbots, d. h. des Austragens von Brötchen vor 7 Uhr, strafbar und setzen sich neben einer Geldstrafe der Beschlagnahme der Ware aus.

Die Verklammung bittet daher die Käufer, sich von Karlsruhe, hierfür Verständnis zu zeigen und die Brötchen morgens direkt in den Bädereien, die punkt 7 Uhr öffnen, zu entnehmen.

Katholiken werbet für Eure Presse

Windthorstbund Karlsruhe und Mühlburg.

Am Freitag, den 19. Juni, abends 7 1/2 Uhr findet im Nebensaal der „Allen Lude“, Ecke Adlerstraße und Zirkel, ein

Bundesabend

statt, zu dem die Bundesfreunde nebst ihren Angehörigen, sowie alle Parteifreunde freundlich eingeladen sind.

Große Schweizer Kunstausstellung in Karlsruhe. Während der Monate Juli und August d. J. findet in Karlsruhe im städtischen Ausstellungsgelände eine „Große Schweizer Kunstausstellung“ statt, die einen Überblick über das gesamte Kunstschaffen der Schweiz während der letzten Jahrzehnte geben soll; eine kleinere retrospektive Ausstellung soll eine entsprechende Ergänzung und Mühlburg bieten und vornehmlich die Kunst A. Böllins und J. Hodlers berücksichtigen. Die Ausstellung wird, zumal sie wohl zum ersten Male in solcher Breite einen Überblick im Ausland bietet, eine besondere Bedeutung zukommen, umfomehr als durch die günstige geographische Lage der badischen Landeshauptstadt (an der europäischen Ost-West- und Nord-Süd-Verbindung gerade in diesem Jahre ein starker Besucherzuwachs erwartet werden darf.

Anfall. Gestern abend stieg ein 10 Jahre alter Schüler an der Haltestelle Georg-Friedrichstraße aus einem nach Durlach fahrenden Straßenbahnwagen aus, sprang hinter dem Wagen herum und geriet unter einen aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Linie 1. Trotzdem der Knabe unter das Bordenteil des Straßenbahnwagens geriet, kam er ohne Verletzungen davon, da der Wagenführer noch rechtzeitig bremsen konnte.

Zusammenstoß. In der Kapellenstraße fuhr gestern nachmittag ein verh. Wirt von Gröbgingen mit seinem Motorrad auf einen Personkraftwagen auf, wodurch eine Achse des Motorrads brach. — In der Waldhornstraße stieß gestern abend ein Radfahrer mit einem Motorradfahrer zusammen, wobei das Motorrad stark beschädigt wurde.

Festgenommen wurden: Ein Kaufmann von hier und ein Tagelöhner von Friedrichstal, weil sie in einem hiesigen Warenhaus Diebstahl verübten, ein Tagelöhner von Fredenfeld, ebenfalls wegen Diebstahls, ein Maurer von Wöschbach wegen Unterschlagung eines Fahrrades, ein Tagelöhner von hier und ein Bader von Straßburg, welche zum Strafpolizist gefücht wurden, ferner 19 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Festgenommen wurden: Ein 18 Jahre alter Schlofferlehrling aus Auerbach wegen erschwerter Körperverletzung, ein 20 Jahre alter Hilfsarbeiter aus Bruchsal wegen Verdachts des Diebstahls, ein Fuhrmann von hier wegen Diebstahls, ein Tagelöhner von hier wegen Sachbeschädigung und Diebstahls, ein zum Strafpolizist gefücht Händler von Bötzingen, ein 16 Jahre alter Lehrling von Bisingen, der aus seiner Lehrstelle entwichen war und sich umhertrieb, ferner 15 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Veranstaltungen.

Sonderzug nach Königshofen. Erfreulicherweise ist das Interesse für den am Sonntag, den 21. Juni ds. J., vom Verkehrsverein Karlsruhe nach Königshofen geführten Sonderzug sehr groß, sodass mit einer starken Beteiligung gerechnet werden darf. Wenn auch die gegenwärtige Hitze längere Bahnfahrten nicht zu den Annehmlichkeiten eines Sonntagsvergnügens zählen läßt, so liegt doch gerade in diesem fränkischen Trachtenfest ein besonderer Reiz, der die ebl. Schwierigkeiten und Beschwerden der Reise voll und ganz aufwiegt. Nicht nur in Karlsruhe selbst bringt man dem Heimatfest großes Interesse entgegen, auch Anfragen und Anmeldungen von auswärts zeigen, daß die Fahrt in den Taubergrund noch von manchem unternommen werden möchte. Nachdem auch von Bruchsal Anmeldungen zu dem Sonderzug eingelaufen sind, hat sich die Reichsbahnverwaltung auf Bitten des Verkehrsvereins Karlsruhe hin entschlossen, den Sonderzug in Bruchsal halten zu lassen. Die Bruchsaler haben somit Gelegenheit, unmittelbar in Bruchsal in den Sonderzug aufzusteigen, der etwa um 8.33 Uhr dort kurz halten wird. Von Bruchsal fährt der Zug ohne Aufenthalt nach Heidelberg weiter, wie in dem Programm bekannt gegeben worden ist. Das reichhaltige Programm in Königshofen, sowie die Wichtigkeit des Bades Mergentheim dürften genug Gewähr bieten, daß dieser Sonntag ganze Leberzählungen bringen und nicht zu den verlorenen zählen wird. Ein demnächst erscheinendes Merkblatt, das jedem Fahrteilnehmer zugestellt wird, enthält alles Wissenswerte über den Verlauf der Fahrt.

Es wird nochmals daran erinnert, daß die Einzelmengeln am Freitag, den 19. Juni, mittags 12 Uhr abgeschlossen werden müssen.

Spiel und Sport

Entscheidung um die Kreismeisterschaft Weierheim - F. C. Baden.

Nachdem sich Weierheim durch einen hart erkämpften Sieg in Kuppenheim am vergangenen Sonntag den Wiederaufstieg in die Liga gesichert hat, wird dieses letzte Verbandsspiel die Entscheidung über die Meisterschaft im Kreis Weierheim bringen. Der Stand der Aufstiegsliste ist augenblicklich folgender: F. C. Baden: 3 Spiele, 5 Punkte; Weierheim: 3 Spiele, 4 Punkte; Kuppenheim: 4 Spiele, 1 Punkt.

Wie zu ersehen ist, hat jeder der beiden Aufsteigenden Aussicht Meister zu werden. Weierheim hat außerdem Gelegenheit, sich für die unverdienten Niederlage vom Vorspiel zu rehabilitieren. Da die faule Spielweise beider Mannschaften noch vom Vorspiel trotz Meisterschaftskampf in guter Erinnerung sein dürfte, ist ein heißes und spannendes Treffen zu erwarten. Beginn 4 Uhr (Siehe Anzeige).

Fidelitas Verein f. Kaufleute u. Beamten Karlsruhe im Verband R. R. B. Deutschlands.

Unsere Mitglieder mit den gesch. Angehörigen sind zu unserm am kommenden Sonntag, den 21. Juni nach Gröbgingen stattfindenden

Familienausflug

recht herzlich eingeladen. Treffpunkt bei guter Witterung nachm. 3 Uhr Endstelle der Straßenbahn Durlach bei schlechter Witterung in Gröbgingen, Kaiserhofstraße. Wir bitten und erwarten recht zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Die X. Karlsruher Ruder-Regatta steht kurz vor der Tür. Insgesamt kommen 18 Rennen aller Klassen und Bootsgattungen zum Austrag. Auf dem 1. Ufer ruht der Wanderpreis des Großherzogs Friedrich I., auf dem 1. Ufer der Herausforderungspreis von 1914 der Stadt Karlsruhe. Des weiteren werden im Zweier ohne Steuermann der Wanderpreis des Großherzogs Friedrich II., im Vierer ohne Steuermann der Wanderpreis von 1907 der Stadt Karlsruhe ausgefahren. In liebenswürdiger Weise hat der frühere Straßburger Regatta-Verein den im Besitz des Karlsruher Ruder-Vereins von 1879 sich befindlichen Wanderpreis für den Straßburger Gedächtnis-Einer gestiftet. Ferner hat das Bad. Ministerium für Kultus und Unterricht einen Herausforderungspreis für den Akademischen Vierer zur Verfügung gestellt. Sämtliche weiteren Rennen sind mit Ehrenpreisen besetzt, welche von am Rheinhafen anliegenden Großfirmen und anderen Industriebetrieben gegeben wurden. Auch haben die Damen des Karlsruher Ruder-Vereins von 1879 und Rheinfluß-Memania, wie auch die Vereine selbst, je einen Ehrenpreis zur Verfügung gestellt. Der Ehrenpreis der Badischen Staatsregierung wird mit dem Jungmann Vierer (Badenia Vierer) ausgetragen. Sämtliche Preise sind von heute ab in dem Schaufenster der Kunsthandlung Gerber & Schwabinsky, Kaiserstraße 221, ausgestellt.

Handel u. Volkswirtschaft.

Generalversammlung der Badenia A.-G. ihr Verlag und Druckerei in Karlsruhe.

Unter Leitung des Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Gulsbesitzer Geppert, fand am 17. Juni in Karlsruhe die ordentliche Generalversammlung der Badenia A.-G. statt. Als Vertreter des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs und des Erzbischöflichen Ordinariats nahm Herr Domkapitular Monsignore Dr. Sester an der Versammlung teil. Vertreten waren 2647 Aktien mit einem Kapital von 52 940 Reichsmark. Nach dem Bericht der Verwaltung war das verlossene Geschäftsjahr 1924 als ein günstiges zu bezeichnen. Der Gesamtumsatz stellte sich auf rund 890 000 Mark, der Reingewinn nach Vornahme angemessener Abschreibungen auf 66 857,19 Mark. Nach einstimmigem Beschluss soll dieser Gewinn in folgender Weise verteilt werden. Die Aktionäre erhalten 10 Prozent Dividende gleich 10 000 Mark, den Inhabern der früheren alten Goldmarkaktien (Nr. 1 bis 750) wird zum Ausgleich von Härten, die sich bei der Aktien-Umstellung ergeben haben, eine Sonderzuwendung von 25 Prozent (3750 Mk.) gewährt, die Badische Zentrums-partei erhält 5000 Mk., für verschiedene soziale Zwecke und als Gratifikation für das Personal sind 7500 Mk. ausgeworfen, dem Reservefond I werden 101 Mk. zugewiesen, sodass derselbe jetzt 70 000 Mk. beträgt, ausserdem wurde ein Reservefond II gebildet und diesem 40 000 Mk. zugeteilt; auf neue Rechnung werden 506,19 Mk. vorgetragen. Als Beitrag für den Umbau des Erzbischöflichen Priesterseminars in St. Peter wurden aus laufenden Mitteln 6000 Mk. bewilligt. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr wurden als befriedigend bezeichnet. Das Unternehmen ist in allen Betriebsabteilungen gut beschäftigt, die Verlagsobjekte, insbesondere der Badische Beobachter und das St. Konradblatt weisen einen günstigen Stand auf. Auch die neue Tiefdruckabteilung entwickelt sich gut. Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde für die Geschäftsführung gedankt und einstimmig Entlastung bewilligt. Der Dank wurde ausgedehnt auf den Redaktionsstab und alle übrigen Betriebsangehörigen. Weiter wurde mit allen Stimmen beschlossen, das bisherige Aktienkapital von 100 000 Mark auf bis zu 200 000 Reichsmark zu erhöhen durch Ausgabe neuer Aktien im Nennbetrage von je 100 Mark. Hiervon erhalten 10 000 Mark als Vorzugsaktien ein zofaches Stimmrecht; es soll dadurch eine Ueberfremdung vorgebeugt werden. Das neu herinkommende Kapital soll zum weiteren Ausbau des Unternehmens verwendet werden. Die durch die Kapitalerhöhung notwendig gewordene Satzungsänderung wurde ebenfalls einstimmig genehmigt. In den Aufsichtsrat wurden zugewählt die Herren Geistl, Rat Msgr. Dr. Stumpf - Karlsruhe und der Abg. Landgerichtsrat Reger - Heidelberg. Als Rechnungsrevisoren wurden wiederum die Herren Rev.-Oberinspektor R. Noe und Fabrikdirektor Fr. Gr. Müller bestimmt. Herr Prälat Dr. Schofer gedachte in ehrennden und anerkennenden Worten noch besonders des Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Geppert, sowie des Revisors Herrn Noe. Beide Herren wirken in ihren Aemtern in für die Badenia segensreichster Weise nunmehr 25 Jahre. Möge der A.-G. Badenia auch für die Zukunft eine erfolgreiche Weiterentwicklung beschiedenen sein zum Wohle unserer katholischen Sache und unserer Zentrums-partei. Von ihren

Freunden darf erwartet werden, dass sie das Unternehmen fördern helfen durch Werbung neuer Bezieher für die von der Badenia herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften, dann aber auch durch starke Beteiligung an der beschlossenen Kapitalerhöhung.

Börsenbericht.

Berlin, 18. Juni. Während noch vormittags die erschöpften Kurse recht feste Haltung zeigten, trat sofort bei Beginn der Börse auf den führenden Marktgebieten eine Schwächung der Tendenz ein. Die heutigen Abschlüsse waren anfangs allerdings minimal. Stärker gedrückt war eigentlich nur der Anleihemarkt, auf dem 5prozente Reichsanleihe während der Vormittagsstunden mit 0,65 gehandelt wurde, um beim Börsenbeginn auf unter 0,420 nachzugeben. Auch Schutzgebietsanleihe und Konsols erheblich gedrückt. Die gestern noch gehegten Aufwertungshoffnungen auf dem Gebiete der öffentlichen Anleihen scheinen sich heute verflüchtigt zu haben. Von dieser matten Haltung der immerhin noch lebhaft beachteten Anleihewerte wirkte sich auf die übrigen Marktgebiete eine gewisse Verstimmung aus, die kursmässig jedoch nur ihren Niederschlag in wenigen Werten fand. Befestigen konnten sich sogar Kalkaktien, namentlich im freien Verkehr gehandelt, und weiter Spezialwerte. Anregend wirkte sich hier der an die Raiffeisenbank gewährte amerikanische Kredit und die Aussicht auf weitere Auslandsgelder, für Zwecke der deutschen Landwirtschaft. Am Kolonialmarkt hat das Interesse für Südsesophosphate (45) etwas nachgelassen. Am Devisenmarkt trat neuerlich eine bedeutende Abschwächung der italienischen Währung ein. Trotzdem von heute an der offizielle Diskontsatz um ein weiteres Prozent heraufgesetzt wurde, ging der Kurs Mailand gegen London in hiesigen Usancehandel auf 130 zurück. Auch die französische Währung war weiter gedrückt. Am Geldmarkt blieben die Sätze noch unverändert. Tägliches Geld wurde mit 7 1/2 - 9 1/2 Prozent, Monatsgeld mit 10 - 11 1/2 Prozent genannt.

Im weiteren Verlauf der Börse standen heimische Anleihen im Mittelpunkt des Geschäftes. Das Geschäft erfuhr eine allgemeine Belebung, von der die Kurse durchweg profitierten. Zu einer Hausse kam es in 3/4prozente preussischen Konsols, die noch vorgestern mit 0,485 heute mit 0,580 genannt wurden und zur Zeit mit 0,690 notieren. Man sprach auch heute davon, dass bei den bundesstaatlichen Anleihen die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubesitz doch nicht stattfinden soll, schon mit Rücksicht darauf, dass für diese Werte teilweise grössere Beträge im Auslande sind. Kriegsanleihe auf 0,440 erhöht. Reger gefragt waren ferner Reichsbankanteile mit 127 1/2 nach 124 1/2. Die Abschwächung der Devisen Italien setzte sich in scharfem Tempo fort. London-Mailand gegenüber dem Vortrag wurde mit 133 1/2 gehandelt.

Berlin, 18. Juni.

Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table with columns for location (Amsterdam, Buenos Aires, Brüssel, Oslo, Kopenhagen, Stockholm, Helsinki, London, New-York, Paris, Schweiz, Spanien, Jugoslawien, Budapest, Sofia, Danzig) and exchange rates for 17. Juni and 18. Juni.

Karlsruher Produktenbörse vom 17. Juni. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Die etwas höheren Liverpooler Notierungen vermögen die immer noch sehr flauere Stimmung nicht nennenswert zu beeinflussen. Das Geschäft bewegt sich in kleinstem Rahmen. Weizen handelsüblich 25,50-26, Roggen, gesund, handelsüblich 22,50-23, Sommergerste je nach Qualität, inl. 24-27, ausl. 29-31, Hafer 19-22,50, Mais mit Sack 23,25-24, Weizenmehl, Mühlenforderung 27-37,50, Roggenmehl, Mühlenforderung 30,50-32, Roggenfuttermehl nicht angeboten. Weizenfuttermehl 14,25-14,50, Roggenkleie 12,50, Weizenkleie 12-12,50, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Biertreber 16-16,50, Malzkeime 15-15,50, Speisekartoffel, gelblich-schöne, 7-7,50, rote 6-6,20 Mk. Rauh-futtermittel. Loses Wiesenhalm, gut, gesund, trocken, neue Ernte, 6,50-7 Mk. Luzerne, neue Ernte, 9 Mk., Weizenroggenstroh, drahtgepresst, 5-5,50, alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit, Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikation. Waggonpreise. Kleine Quantitäten entsprechende Zuschläge. Abt. Weine und Spirituosen. Bei besserem Besuch hat sich das Geschäft in Edelbranntweinen etwas belebt. In Weinen war die Stimmung schwach. Abteilung Kolonialwaren, Kaffee, Tee und Kakao im Preise unverändert. Burmareais 0,39 Mk., Graupen 0,42, gelbe gespaltene Erbsen 0,35, weisse Perlbohnen 0,38, Linsen, mittel, 0,60, Schweinefett 1,90, Salatöl in Leihfassern 1,18 Mk., Kristallzucker 0,69 Mk., alles per Kilo.

Mannheimer Produktenbörse vom 18. Juni. Inländischer Weizen 24-28, ausländischer 28 bis 30 1/2, inl. Roggen 23,50-23,75, ausl. 21 bis 23, Futtergerste 21-22,50, inl. Hafer 19,5 bis 22, ausl. 20-22, Weizenkleie 12,25, Weizenmehl, Basis Spezial Null, 36 1/2-37 1/2, Weizenbrotmehl mit Sack 27 1/2-28 1/2, Roggenmehl 29-30, Rohzucker melasse -, Raffinerie melasse -, Heu und Stroh unverändert, Mais mit Sack 23-23 1/2, Roggen mit Sack 16 bis 16 1/2.

Mannheimer Viehmarkt vom 18. Juni. 94 Kälber 72-76, 68-72, 60-66, Schafe - Schweine 62-76, 745 Ferkel und Läufer 13 bis 35, Marktverlauf mit Kälbern ruhig, langsam geräumt, mit Schweinen ruhig, Ueberstand mit Ferkeln und Läufern ruhig.

Badisches Landestheater.

Spielplan für 20. bis 30. Juni 1925.

Im Landestheater: Samstag, den 20. Juni. * Th.-G. 301-1000. Neueinstudiert: Der Traum ein Leben. Dramatisches Märchen von Grillparzer. 7 1/2 bis 10 Uhr. (4.80) Sonntag, den 21. Juni. * G 27; Die Meistersinger von Nürnberg. 4 1/2 - n. 9 1/2 Uhr. (8.-) Montag, den 22. Juni. Volksb. 11; Die heilige Johanna. 7-10 1/2 Uhr. (4.80) Der IV. Rang ist zum Verkauf für das allgem. Publikum freigegeben. Dienstag, den 23. Juni. * F 26; Jar und Zimmermann. 7-9 1/2 Uhr. (7.-) Mittwoch, den 24. Juni. * B 27; Th.-G. 2501 bis 3400. Der Traum ein Leben. 7 1/2 bis 10 Uhr. (4.80) Donnerstag, den 25. Juni. * Romeo und Julie. (Oper.) 7 - g. 10 Uhr. (7.-) Freitag, den 26. Juni. * E 27; Th.-G. II. S.-G. 3501-4000. Und Pippa tanzt. 7 1/2 - g. 10 Uhr. (4.80) Samstag, den 27. Juni. * Der Ring des Nibelungen. Vorabend: Das Rheingold. 7 1/2 bis g. 10 Uhr. (7.-) Sonntag, den 28. Juni. Der Ring des Nibelungen. I. Tag: Die Walküre. 5-9 1/2 Uhr. (8.-) Mittwoch, den 1. Juli. * Der Ring des Nibelungen. II. Tag: Siegfried. 5 - g. 10 Uhr. (7.-) Sonntag, den 5. Juli. Der Ring des Nibelungen. III. Tag: Neueinstudiert und in neuer Ausstattung: Götterdämmerung. 4 1/2 - n. 9 1/2 Uhr. (8.-) Sonderabonnement. a) Vorkaufrecht für Abonnenten und Vorzugsarten-Inhaber am Freitag, den 19. Juni, und Samstag, den 20. Juni, vormittags 10-11 Uhr und nachm. 3 1/4-5 Uhr. b) Verkauf für das allgemeine Publikum am Montag, den 22. Juni, und Dienstag, den 23. Juni, vorm. 10-11 Uhr, und nachm. 3 1/4-5 Uhr. Sonderabonnements werden bis zum Beginn der Rheingold-Aufführung abgegeben. Der Vorkauf für die einzelnen Vorstellungen beginnt am Mittwoch, den 24. Juni, norm. 10-11 Uhr. Preise des Sonderabonnements: 5,40-28,80 (mit 50% Abg.). Montag, den 29. Juni. * C 27; Th.-G. III. S.-G. 4001-4400. Das Kästchen von Helldorn. 7 - n. 10 Uhr. (4.80) Dienstag, den 30. Juni. * D 27. Hänsel und Gretel. Hierauf: Brüderlein fein. 7 1/2-10 Uhr. (7.-) Kammerspiele im Konzerthaus. Dienstag, den 23. Juni. * Th.-G. 6001-7900. Die Götter und Coas Kinder segnet. Hierauf: Apollonspiel. 7 1/2 - g. 9 1/2 Uhr. (3.80) Donnerstag, den 25. Juni. * Zum erstenmal: Fenster (Windows). Komödie in 3 Akten von John Galsworthy. 7 1/2 - n. 9 1/2 Uhr. (3.80) Sonntag, den 28. Juni. * Fenster (Windows). 7 1/2 - n. 9 1/2 Uhr. (3.80) Vorkaufrecht für Umtausch der Vorzugsarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugsarten am Samstag, den 20. Juni, nachm. 3 1/4-5 Uhr; allgemeiner Vorkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 22. Juni, an. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle. (9-1, 4-6 Uhr.)

Briefkasten der Redaktion.

Nach Hantenbach. Karte mit Dank erhalten.

Karlsruher Ständebuchauszüge.

Sterbefälle. Otto Barth, 77 Jahre alt, Steuerbeamter a. D., Wittwer; Josef Krieg, 23 Jahre alt, Schlosser, ledig; Josef Bauer, 22 Jahre, ohne Beruf, ledig; Elfrida, 1 Jahr, 6 Monate, 16 Jahre alt, Vater Konrad Kellermann, Lichtpauer.

Badische Landeswetterwarte.

Allgemeine Witterungsübersicht. Die allgemeine Wetterlage weicht von der gelrigen wenig ab. Infolge eines Kälteeinbruchs von Norden sind in Norddeutschland die Morgentemperaturen um 4-5 Grad, in Süddeutschland um 6-8 Grad gefallen. Bei meist heiterem Wetter ist jedoch für Süddeutschland tagsüber wieder langsame Erwärmung zu erwarten. Wetterausichten für Freitag, den 19. Juni: Meist heiter, tagsüber mäßig warm, weifliche Winde. Wasserstände des Rheins am 18. Juni, morg. 6 Uhr: Maxau: 4,25, gef. 2; Mannheim: 3,10, gestiegen 1 Zentimeter.

Lofah,

eine indische Gurkenart, ist in der Verwendung als Badeschwamm, Frottierhandschuh, Badepantoffel, Einlegesohlen noch viel zu wenig bekannt.

Lofah

ist sehr haltbar und preiswert und zur Hautregung wie geschaffen. 4944

Ries

Ecke Friedrichsplatz 7 Erstes Spezialhaus Bürsten, Pinsel, Schwämme, Kämme, Matten

Für die Redaktion verantwortlich: Herausgeber und Verleger: Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Direktor Emil Jäger, Karlsruhe I, 2. Hauptstrasse 11. Dr. H. Meier, Verantwortlich für Nachschickdienst, innere Politik und allgemeinen Teil: Dr. H. Müller-Kell, für auswärtige Politik und Redaktion: Dr. H. Meier, für Anzeigen und Redaktionen: Joseph Huber, sämtliche in Karlsruhe, Adlerstraße 12. Rotationsdruck der Badenia, A.-G.

Berliner Redaktion: Joh. Hoffmann, Berlin NW 23, Brüdenallee 13.

Extra-Preise

Damen-Konfektion

Voile-Blusen m. Einsätzen garn. 1.95	Waschmusselin-Kleider net verarbeitet 3.95	Trikot-Kleider K'seide, schöne Farben 7.95	Regen-Mäntel imprägn. B'w. Covercoat 12.75
Voile-Blusen weiß Kasakform 3.95	Zephir-Kleider gestr. Muster 5.75	Sport-Kleider für Bad- und Tennissport 12.75	Mouliné-Mäntel Herrenform mit Rückenrort 36.75
Voile-Blusen lange Ärmel, mit Spitzen garniert 5.75	Voile-Kleider weiß, m. Einsatz reich garniert 7.95	Promenade-Kleider au Frise, neueste Stoffe 14.75	Tuch-Jacken fesche Machart, karierte Garnit. 19.75
Waschseiden-Blusen gestreifte Sportform 9.75	Krepp-Kleider farbig, bedruckt florirt Machart 9.75	Wollkrepp-Kleider Marocain Muster, jugendliche Machart 19.75	Sport-Jacken weiß mit Streifen 29.75
Hemdblusen weiß, Waschstoff 2.95	Waschseiden-Kleider K'seide, gestreift mit Lackgürtel 12.75	Reise-Kleider gestrickt, 2tlg. Rock u. Pullover 29.75	Sport-Kostüme englische Art Jacke mit Foulardine gefüttert 14.75
Ein Posten Waschblusen, ein wenig angetrübt, gute Ausführung zum Auswaschen 3.95		Ein Posten Trikot-Unterkleider K'seide, reiches Farbensortiment 5.75	

Bade-Wäsche

Bade-Anzüge f. Damen, schwarz m. farb. Paspeln, je nach Größe 2.25 2.10 1.95	Frottierhandtücher weiß, mit roter Kante 2.50 1.95 1.65	Bade-Mützen Gummi, in vielen Farb. 2.50 1.75 1.25
Bade-Anzüge für Damen, hübsch garniert 12.75 7.50 4.75 3.40	Frottierhandtücher bunt, schwere Qualität 3.50 2.90 2.45 1.95	Bade-Mützen oder Helme, rot 2.50 1.90 1.55
Bade-Anzüge für Damen, mit Rock und Bältenhalter 12.50	Kinder-Badetücher weiß oder bunt 5.90 4.90 3.90 2.90	Bade-Pantoffeln Bast 2.50 1.45
Bade-Anzüge für Herren, schwarz 2.50 1.95	Badetücher für Erwachsene, weiß oder bunt 19.50 16.50 12.50 9.75	Bade-Schuhe für Damen u. Kinder 3.50 2.95 1.95
Bade-Anzüge für Kinder, Gr. 70 3.10 bis 1.90 Gr 60 2.95 bis 1.50	Bade-Mäntel für Damen u. Herren, aparte Muster 32.- 28.- 19.50	Frottier-Waschlappen 0.25 0.15 0.10
Frottierstoffe für Bademäntel, in schöner Ansmusteranz, Mtr. 16.50 13.50 9.25	Bade-Capes in eleganter Ausführung 34.-	Frottier-Handschuhe 0.40 0.35 0.30

Größe Auswahl in
Bade- u. Schwimmhosen
für Herren und Knaben
in Stoff oder Trikot je nach Größe von **40,-** an

TIETZ

Blumen-Seife . . . 3 Stück 75,-
Fett-Seife . . . 3 Stück 85,-
Riesin-Bade-Seife 3 Stück 1.00
Größe Auswahl in Bade- und Reiserollen.

109er-Tag

am
27., 28. u. 29. Juni 1925

Für die Karlsruher Teilnehmer am 109er-Tag am 27., 28. und 29. Juni ds. Js. werden in folgenden Geschäften Einzeichnungslisten aufgelegt, in die sich die Festteilnehmer gegen gleichzeitige Lösung des Festabzeichens (M. 8.-) sowie der Festschrift (60 Seiten stark) einzeichnen.

In Karlsruhe:

- Cigarrengeschäft Bernhard Holz, Karlstrasse 64
- Cigarrengeschäft Hermann Meyle, Marktplatz
- Cigarrengeschäft Hieke, Ecke Kaiser- und Karlstrasse
- Cigarrengeschäft Anselment, Kaiserallee 141
- Franz Holzschuh, Weisswarengeschäft, Werderstrasse 48
- Sporthaus Brannath, Durlacher Allee 4
- Cigarrengeschäft Maier, Ludwig-Wilhelmstrasse 20
- Eugen Langer, am Kaiserplatz

In Durlach:

- Friseur W. Brückel, Hauptstrasse 76
- Feinkosthaus E. Fischer, Hauptstrasse 46

In Ettlingen:

- H. Schindler, Kaufmann

Jeder Festteilnehmer muß im Besitz eines Festabzeichens sein.

Die Festabzeichen berechtigen zum freien Eintritt zu allen Veranstaltungen über die Festtage (Stadtgarten - grosses Feuerwerk, Festplatz, Begrüßungsfeiern usw.) sowie zur Ausstellung des Regiments-Archivs im früheren Residenzschloss, 5366

Sportplatz Beierthheimer Fußball-V.

Entscheidung um d. Kreismeisterschaft

F. C. Baden

Beierthheim

Sonntag, den 21. Juni, Beginn 4 Uhr.

RUDER-REGATTA HEINHAUSEN

Sonntag, 21. Juni, 3 Uhr.
18 Rennen

25 Vereine 109 Boote 550 Ruderer
KONZERT RESTAURATION

Preise der Plätze: Tribüne Mark 5.-, (Vorverkauf Mk 4.-), Nummer Sitzplatz Mk 3.-, (Vorverkauf Mk 2.-), Festplatz Mk 2.-, (Vorverkauf Mk 1.50). II. Platz (Siloseite) Mk 1.-, Schüler 50 Pfg. bei Meyle, Marktplatz, Mühlburgerter und Durlachertor; Hieke, Ecke Kaiser- und Karlstr.; Gerber & Schawinsky, Kaiserstrasse 221; Papiergeschäft Eisele, Werderplatz 41 und Zigarrengeschäft Doldt, Rheinstraße 73

Karlsruher Regatta-Verband.

Vaillants Gas-Badeöfen

Zu beziehen durch alle Installationsgeschäfte.
Illustrierter Katalog Ausgabe d 17 kostenlos. 17
Joh. Vaillant, Remscheid.

Im Rechnen und in Mathematik erteilt Unterricht und Nachhilfe

Beutler, Karlsruhe Bismarckstrasse 33, 111

Badisches Landestheater
Freitag, den 19. Juni 1925
C 26

Die verkaufte Braut.
Komische Oper in 3 Akten von K. Sabina. Deutsch von Max Kalbeck Musik von Fr. Smetana. Musik. Feig.: W. Schwope In Szene gef. v. H. Sussard. Personen:

Kruschina Lothinger
Rathinka Denkel
Marie Fany
Wladya Warty
Sines Denzel
Wenzel Sullard
Hans Peters
Kajal Hande
Springer Müller
Gsmarada Gschlich
Ruff Gröhinger
Bauernmädchen Zubap
Lang e angeführt von den Damen des Balletchores.
Anfang halb 8 Uhr.
Ende nach 10 Uhr.
Sperstül 1. 7.-

Konzertsaal.
Kammermusik.
Freitag, 19. Juni 1925
25. C. 4501-6000

Wie Gott Adam und Evas Kinder segnet
Spiel von Hans Sachs. Bearbeitung v. Max Hell In Szene gef. v. Ulrich v. d. Trenck. Personen:

Adam Aloebie
Eva Roeller
Der Herr Sterant:
Das Apfelspiel
Von Max Hell In Szene gef. von Ulrich v. d. Trenck. Personen:
Großvater Böcher
Magdalen Marhammer
Eifer Mann Kreuzinger
Zweiter Mann v. d. Trenck
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ende geg. 9 1/2 Uhr.
Parkett 1. 3.80

Harmonium



von Mk 120 an Katalog umsonst
Teitz anfang
Franko-Lieferung
H. Maurer
Kaiserstr. 176
Ecke Hirschstr.



Bauernkrieg
Historische Festspiele
Breisach a. Rhein
Juni-September, jeden Sonntag
Garten-Bürgermeisteramt Breisach Tel. 12.

Zur bevorstehenden Einmachzeit empfehle mein reichhaltiges Lager in

Einmachgläser
speziell in Reformgläser, Reggläser
Einkochapparate Mk. 7.50

ferner
Haus- und Küchengeräte
zu konkurrenzlos billigen Preisen

Karl Ertel, Kaiserallee 54.

Fahrräder

gute Marken bei günstigen Zahlungsbedingungen billigt abzugeben bei
Schill, Fasanenplatz 7

Karlsruher Familien-Krankenkasse

Unter staatlicher Aufsicht. Gegründet 1890
Geschäftsstelle: Ostendstraße 6, Tel. 4159

Filialen:
Weststadt: Kriegsstraße 169 I
Mittelstadt: Markgrafenstr. 26 III
Südstadt: Luisenstraße 91 III
Oststadt: Rudolfstraße 26 III

Wirksamkeitskreis
Karlsruhe u. dessen Vororte
Freie Arzbehandlung
freie Medikamente - Sterbekasse

Aufnahmeformulare und Satzungen sowie jede weitere Auskunft durch die Geschäftsstelle und durch die obengenannten Filialen

STADTGARTEN

Samstag, den 20. Juni, nachmittags 4 Uhr:

Rosenfest mit Sommertagszug
- Kinderzug um den See, Kinderchöre, Rigen, Wagenkorso -

Doppelkonzert
der Schülerkapelle und d. r. Vereinigung bad. Polizeimusiker. Eine erhöhten Eintrittspreise. Anmeldungen zur Teilnahme am Wagenkorso bis Freitag abend 6 Uhr beim Stadtartenkassier Bronner, Nordl. Eingang, erbeten.

Bad Dürkheim

im badischen Schwarzwald

höchstgelegenes Solbad Europas 7-800 m. Luftkurort. Heilerfolge der Sole mit Höhenluft und Höhensonne unübertroffen. Sämtliche Kurmittel. 1400 Betten in Hotels, Pensionen, Kinderheimen und Kuranstalten.

Prospekte
bereitwilligst durch Kur- und Verkehrs-Verein

Nr. 167
Die fro
Paris, Minister
militärlich
Die Regie
Urheber
mit allen
Abendblät
vorhanden
einen aus
Krim unfr
ders Dor
Führern
Bartei for
stand zu
französis
der milit
Blätter f
Sitafber
munität e
Veränd
Paris, n a l' we
ijigen Ob
Der Name
über her
wird nicht
soll durch
Marschall
nung entfi
diplomati
In der ge
der von G
militärisch
sprechen.
Zum E
Rom, 1
Senators
manzmini
erweit na
tion der S
Verlobun
Rom, 1
richtig u
geitigen G
Sabona d
jaba; her
dem Land
gegeben w
Newbr
ist heute
Senator L
deutschaf
sitten erfo
fortschrit
alteingem
und Repu
Weiterent
tit im S
führbarer.
Ein Auf
Bien, 1
Freien v
die Worla
gehebes n
Vorlage f
gehen.
Dr.
Berlin,
ichuß des
Anregung
dent Dr.
über die
Dr. Schäd
merlung f
Belastung
wäre es
man die d
soziale W
ei ganz al
Ereignisse
tion und
und Glau
Annahm
Berlin,
Zollvorlag
Abänderun
bei 7 St